

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
OSKAR WEGGEL

**Die Erde als Schicksals-  
gemeinschaft - Wie China  
zu den "Großen Fragen  
der Zeit" Stellung nimmt  
und welche sozialen  
Strategien es vorschlägt -**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

**Gliederung:**

1. Globalisierung der chinesischen Außenpolitik
2. Die "großen Fragen der Zeit" im Visier der VR China
  - 2.1. Bevölkerungsexplosion
    - 2.1.1. Erscheinungsformen; Suche nach Ursachen und Therapien
    - 2.1.2. Die Stellungnahme Chinas: von der "Absurditäts"-These zur Mahnerrolle
    - 2.1.3. Zusammenarbeit mit UNO-Organisationen
  - 2.2. Die Rohstoff-Frage
    - 2.2.1. Die Diskussion um eine Weltrohstoffordnung: Indexierung und Kartelle oder freie Marktwirtschaft?
    - 2.2.2. Die Stellungnahme Chinas: vom "Antihegemonismus" zum "Integrierten Rohstoffprogramm"
    - 2.2.3. Welche Entwicklungsstrategie für welches Dritt-Weltland?
  - 2.3. Der Hunger in der Welt
    - 2.3.1. Hunger, Unterernährung und Suche nach den Schuldigen
    - 2.3.2. Die Stellungnahme Chinas: vom Antihegemonismus/Imperialismus zur "Modernisierung" der Landwirtschaft
    - 2.3.3. Zusammenarbeit mit UNO-Organisationen
  - 2.4. Industrialisierung
    - 2.4.1. Industrielle "Harmonisierung" zwischen Industrie- und Entwicklungsländern: Alternativen und Probleme
    - 2.4.2. Die Stellungnahme der VR China: Vom Kolonisierungsargument zur Forderung nach Technologietransfer

- 2.4.3. "Ländliche Industrialisierung"
- 2.5. Umweltschutz
  - 2.5.1. Ökonomie oder Ökologie?
  - 2.5.2. Die Stellungnahme Chinas: von der Umweltverschmutzung durch Aggression zur Aktion Gemeinsinn
  - 2.5.3. "Aktion Gemeinsinn" = Familienplanung + sparsamer Rohstoffverbrauch + "Begrünung"
  - 2.5.4. Keine "alternative Gesellschaft"
- 2.6. Die Neuaufteilung der Erde: das internationale Seerecht
  - 2.6.1. Altes und neues Seerecht
  - 2.6.2. Die Stellungnahme Chinas: vom "Kampf gegen die Hege- monie zur See" (53) zur Wahrung des eigenen Vorteils
- 2.7. Überrüstung
  - 2.7.1. Sind Abrüstungsdiskussionen überhaupt sinnvoll?
  - 2.7.2. Die Stellungnahme Chinas: von Maximalforderungen zum Gradualismus
- 2.8. Arbeitslosigkeit
  - 2.8.1. Hausgemacht oder Imperialismus-verursacht?
  - 2.8.2. Die Stellungnahme Chinas: neue internationale Arbeitsteilung?
- 2.9. Die Frauen-Frage
  - 2.9.1. Unterschiedliche Formulierungen der Frauen-Frage
  - 2.9.2. Die offizielle (und theoretische) Stellungnahme der Volksrepublik zur Frauen-Frage
  - 2.9.3. Die chinesische Frauen-Politik in der Praxis
3. Das Allheilmittel: Schaffung einer "Neuen Weltwirtschaftsordnung" und die Süd-Süd-Kooperation
  - 3.1. Der Schlüsselbegriff: die "Neue Weltwirtschaftsordnung"
  - 3.2. Die neu hinzugekommene Dimension bei der Lösung "großer Fragen": "kollektive Autarkie" (83) im Rahmen der Süd-Süd-Zusammenarbeit
    - 3.2.1. "Süd-Süd-1" in Beijing
    - 3.2.2. Formen der Süd-Süd-Kooperation
4. Zusammenfassung

**1. Globalisierung der chinesischen Außenpolitik**  
Chinas Außenpolitik hat seit Beginn der siebziger Jahre eine Globalisierung in doppelter Hinsicht erfahren: Da ist einmal die rein geographische Ausweitung der Beijinger Außenpolitik, die doch in den fünfziger und frühen sechziger Jahren noch größtenteils auf Asien beschränkt war, nunmehr aber weltweit präsent ist. Da ist aber zweitens auch die

Ausweitung der Thematik auf beinahe alle heute diskutierten "Großen Fragen der Zeit", wie Bevölkerungsexplosion, Energieverknappung, Umweltverschlechterung, Nahrungsmittelengpässe, zunehmende Unkontrollierbarkeit der Technologie, Abrüstung und Neugestaltung der Weltwirtschaft - um nur einige dieser Themen beim Namen zu nennen.

China nimmt an der Diskussion dieser Menschheitsprobleme nicht nur im Rahmen der UNO teil, sondern veranstaltet einschlägige Konferenzen in zunehmendem Maße innerhalb seines eigenen Territoriums; schon heute ist die Volksrepublik zu einem wichtigen Träger internationaler Veranstaltungen geworden. Möglicherweise war es der "Club of Rome", der mit seiner Aktivität die Chinesen hat aufhorchen und sie an ihre traditionelle Rolle als Reich der Mitte hat erinnern lassen. Jedenfalls häufen sich dort heute die internationalen Aktivitäten. So wurde beispielsweise von einer in Beijing abgehaltenen Konferenz asiatischer Parlamentarier am 30. Oktober 1981 die "Beijinger Deklaration über Bevölkerung und Entwicklung" herausgegeben, die die Staaten im asiatischen Raum dazu aufruft, bis zum Jahr 2000 das Bevölkerungswachstum auf eine Zuwachsrate von 1% pro Jahr zu drücken. Eine weitere Konferenz im Oktober 1981 war das dreitägige Seminar über den "Wandel der ländlichen Umgebung", an dem Architekten, Umweltplaner und Wissenschaftler aus zahlreichen Ländern des eurasischen Kontinents teilnahmen. Des Weiteren wurden Tagungen über Seefahrt/-Meeresrecht und Kommunikationsfragen etc. abgehalten (1) - manchmal in Beijing, manchmal in Shanghai.

Im September 1982 fand ein Internationales Symposium über Erdbebenwesen in Beijing statt (2). 1983 tagte im April eine Süd-Süd-Konferenz in Beijing und zur gleichen Zeit - ebenfalls vier Tage lang - eine Internationale Nord-Süd-Konferenz in Shanghai (5.4.83). Im November 1982 war in Beijing eine Konferenz über Bevölkerungskontrolle abgehalten worden (3). Im Mai 1982 tagte eine UNO-Konferenz über "menschliche Umgebung" - ebenfalls in der Hauptstadt (4).

Seit ihrem Beitritt zur UNO (1971) nahm die Volksrepublik China an fast allen Grundsatzkonferenzen zu den anstehenden Menschheitsproblemen teil - und Stellung. Solche Konferenzen bezogen sich z.B. auf die Umwelt (1972 in Stockholm), auf die Be-

völkerungsexplosion (1974 in Bukarest), auf die Ernährungsfrage (1974 in Rom), auf die Frauenemanzipation (1975 in Mexico), auf die Besiedlungspolitik (1976 in Vancouver), auf die Wasserversorgung (1977 in Mar del Plata), auf das Anwachsen der Wüsten (1977 in Nairobi), auf Gesundheitsfragen (1978 in Alma Ata), auf internationalen Technologietransfer (1979 in Wien), auf Abrüstung (1979 und 1982), auf Handel und Entwicklung (UNCTAD V in Manila 1979 und UNCTAD VI in Belgrad 1983), auf internationales Seerecht (1973 bis 1982) und was dergleichen Konferenzen und Fragen noch sein mögen.

Wie nun stellt sich die Führung der VR China die Lösung der wichtigsten Globalfragen in der Theorie vor, und wie verhält sie sich dazu in der Praxis?

Die Frage sei nachfolgend an einigen der wichtigsten zur Diskussion stehenden Themenbereichen erläutert (5).

## 2. Die "großen Fragen der Zeit" im Visier der VR China

### 2.1. Bevölkerungsexplosion

#### 2.1.1. Erscheinungsformen; Suche nach Ursachen und Therapien

Die "Bevölkerungsexplosion" ist heutzutage der Cantus firmus, der sich durch sämtliche Diskussionen über die Entwicklung der künftigen Welt und ihrer Probleme zieht. Ob Rohstoffversorgung, Arbeitsplatzbeschaffung, Industrialisierung, Ernährung oder Ökologie - überall spielt die Dynamik des Bevölkerungswachstums hinein. Zwischen 1963 und 1977 nahm die Weltbevölkerung um 21% zu: In den Industrieländern um etwa 10%, in den Entwicklungsländern dagegen um 28%. Bis 1985 wird die Menschheit voraussichtlich auf 5 Milliarden, bis zum Jahre 2000 auf rund 6,5 Milliarden und bis zum Jahre 2007 auf 7,7 Milliarden angewachsen sein. Von den 7,7 Milliarden Menschen werden vermutlich 80% in den Entwicklungsländern leben.

Die Diskussion um ein weltweit gültiges Bevölkerungsprogramm reicht bis zum Jahre 1946 zurück, als die UN Population Commission gegründet wurde, und erreichte ihren Höhepunkt i.J. 1974 mit der UN-Weltbevölkerungskonferenz von Bukarest, bei der auch ein "Weltbevölkerungs-Aktionsplan" entwickelt wurde, der das Ziel des

Geburtenrückgangs dadurch zu verwirklichen empfiehlt, daß einerseits die Lebenserwartung gesteigert und andererseits die hohe Sterblichkeit bei Kindern und Müttern in den Entwicklungsländern gesenkt wird. Dieses auf den ersten Blick widersprüchliche Programm geht von der Prämisse aus, daß die verminderten Überlebenschancen des Nachwuchses einerseits und die hohe Sterblichkeitsrate bei Erwachsenen andererseits die beiden Hauptgründe für die hohe Fruchtbarkeit in den Entwicklungsländern seien. Die einzelnen Regierungen werden in dem Aktionsplan aufgefordert, bei ihrer Familienplanungspolitik auf internationale Organisationen zurückzugreifen, die über langjährige Erfahrungen verfügten. Sodann werden die unterschiedlichen Techniken der Bevölkerungsplanung ausbreitet.

Bei der Konferenz waren vor allem drei Punkte umstritten, die sich auf folgende Thesen bringen lassen:

- Schuld an der Bevölkerungsexplosion sei nicht so sehr das Fehlen einer Familienplanung als vielmehr die Nichtverwirklichung der Neuen Weltwirtschaftsordnung. Der Aktionsplan stelle zu einseitig auf demographische Gesichtspunkte ab und zu wenig auf die weltwirtschaftliche Gesamtordnung, die durch Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus bestimmt sei. Die Vorstellung einer Bevölkerungsexplosion sei eine von den Supermächten erfundene absurde Theorie, um ihre Vorherrschaft zu sichern (dies war u.a. die Stellungnahme der VR China) (6).

- Ursache für die zu Bevölkerungsexplosionen führende "Rückständigkeit" in den Entwicklungsländern sei die Konsumexplosion in den nördlichen Ländern. Die Industriestaaten sollten gefälligst ihre Ressourcenverschwendung einstellen. - Am Ende läuft auch dieser Einwand darauf hinaus, Geburtenkontrolle lediglich als eine Funktion der allgemeinen Weltwirtschaftsordnung zu betrachten.

- Eine weitere Auffassung - z.B. die der deutschen Bundesregierung - ging dahin, daß die beste Bevölkerungspolitik allemale identisch sei mit einer gelungenen Gesellschaftspolitik.

Ob nun das Fehlen einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die "Konsumexplosion" in den Industrieländern oder aber das Defizit in der Gesellschaftspolitik für die "Bevölkerungsexplosion" verant-

wortlich gemacht wurde - fest steht jedenfalls, daß sich nahezu alle Vertreter darin einig waren, daß die Bevölkerungsfrage nicht nur als technisches Familienplanungsproblem, sondern als zentrale Achse inmitten eines vielfältigen Speichenwerks gesehen werden müsse.

#### 2.1.2.

#### Die Stellungnahme Chinas: von der "Absurditäts"-These zur Mahnerrolle

Wie die VR China hier Stellung bezogen hat, wurde oben bereits erwähnt.

Diese Haltung war umso überraschender - und für viele Staaten der Dritten Welt enttäuschender - als China ja bereits seit 1954 damit begonnen hatte, im eigenen Land eine systematische Familienpolitik zu entwickeln, die streckenweise allerdings, vor allem um die Zeit des Großen Sprungs und der Kulturrevolution herum, immer wieder politischen Gegenbewegungen zum Opfer gefallen war.

Nach 1978 begann China seine Bevölkerungspolitik dann aber nicht nur innenpolitisch schärfer zu formulieren und mit griffigeren Sanktionen zu versehen, sondern auch außenpolitisch mehr technisch-administrative Aspekte der Familienplanung zu vertreten.

Es ist hier nicht der Ort, über die chinesische Geburtenkontrollpolitik Einzelheiten auszubreiten. Dies ist im Laufe der Jahre in CHINA aktuell häufig genug geschehen. Nur soviel sei erwähnt, daß China 1979 eine umfassende Familienplanungspolitik mit dem Ziel der "Ein-Kind-Familie" begonnen hat. Wichtigste Mittel zur Erreichung dieser Ziele sind Spät-Heirat, Beratung, umfassende Sozialpolitik, Gratisverteilung von Verhütungsmitteln, Zulassung der Abtreibung und Sanktionen im Fall von Verstößen gegen die Ein-Kind-Regel.

Im September 1983 wird zum ersten Mal eine Versammlung zur Auszeichnung "fortschrittlicher Personen und Kollektive in der Familienplanung" stattfinden. Außerdem werden z.Zt. regionale Bevölkerungspläne ausgearbeitet, um das Wachstum der chinesischen Bevölkerung mit der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in Harmonie zu bringen, und schließlich wird voraussichtlich i.J. 1985 das "Familienplanungsgesetz" und das "Schutzgesetz für Eugenik" erlassen.

Auf außenpolitischem Gebiet ist

China darüber hinaus inzwischen auch zum Warner geworden: Qian Xinzong, der Vorsitzende der staatlichen Familienplanungskommission, wies auf der III. Asiatisch-Pazifischen Bevölkerungskonferenz in Sri Lanka im September 1982 darauf hin, daß die Bevölkerung der Gesamtregion, die gegenwärtig 2,5 Milliarden betrage, bis zum Jahre 2015 auf 5 Milliarden ansteigen werde, falls nicht ernsthaft Geburtenkontrolle geübt werde. China selbst werde versuchen, seine Bevölkerung bis zur Jahrhundertwende bei 1,2 Milliarden zu halten. Die jährliche Zuwachsrate der Bevölkerung solle bis dahin unter 11 Millionen gedrückt werden. 1981 freilich habe die Zahl immer noch bei 14 Millionen gelegen. Hauptadressat der Kontrollbemühungen müsse die bäuerliche Bevölkerung sein. Hierbei komme es nicht nur auf Geburtenkontrolle im eigentlichen Sinn, sondern auf Verbesserung des gesamten sozialen Umfelds an. Die bäuerlichen Produktionskollektive errichteten z.Zt. Pensionssysteme und Altenheime. Aufgrund solcher Maßnahmen müsse dafür gesorgt werden, daß der alte Glaube, "Söhne bedeuten Versicherung", durch die praktische Sozialpolitik ad absurdum geführt werde (7).

### 2.1.3. Zusammenarbeit mit UNO-Organisationen

China arbeitet inzwischen eng mit der World Health Organization zusammen (8), läßt Delegationen der "International Planned Parenthood Federation" die Volksrepublik bereisen (9), richtet internationale Seminare über Familienplanung aus (z.B. im Juni 1983 zusammen mit Japan) (10) und veranstaltet innerhalb seines Gebiets auch internationale Konferenzen - z.B. die von der UNESCO initiierte Konferenz zur Bevölkerungskontrolle in Asien, die im September 1982 zwölf Tage lang in Shanghai tagte (11). Am 18. März 1983 erhielt der oben erwähnte Qian Xinzong von der UNO-Vollversammlung den UNO-Bevölkerungspreis, der diesmal zum dritten Mal vergeben wurde. Bei der Preisverleihung gab Qian bekannt, daß die Bevölkerungszuwachsrates Chinas von 20 0/00 Anfang der fünfziger Jahre auf 14,5 0/00 Ende der siebziger Jahre gesunken sei. Die durchschnittliche Lebenserwartung habe sich von 36 Jahren i.J. 1949 auf 68 Jahre (1983) erhöht (12)

Bei einer internationalen Bevölkerungsplanungskonferenz in London im März 1983 wurde Chinas Familienplanungspolitik als vorbildlich bezeichnet (13).

Nach wie vor sieht die chinesische Regierung das Familienplanungsproblem zwar in die großen internationalen Zusammenhänge eingebettet, doch verzichtet sie heute darauf, die Überbevölkerungsfrage - ähnlich wie noch 1974 - als bloßes Mittel zur Bildung antihegemonistischer Fronten zu benutzen.

## 2.2. Die Rohstoff-Frage

### 2.2.1. Die Diskussion um eine Weltrohstoffordnung: Indexierung und Kartelle oder freie Marktwirtschaft?

Interessanterweise hat sich China - sieht man von der Familienkontrollpolitik ab - in die Rohstofffrage "hineingeknielt" wie in keine andere. Dies wurde besonders deutlich im Zusammenhang mit der UNO-Rohstoff-Sonderkonferenz, die im Mai 1974 in New York stattfand und zu der China die hochrangigste Delegation entsandte, die bis dahin amerikanischen Boden betreten hatte. An der Spitze dieser Delegation stand kein geringerer als der damals gerade wieder an die Macht zurückgekehrte Deng Xiaoping, der bei dieser Gelegenheit nicht nur Chinas Grundsätze über die Rohstofffrage, sondern darüber hinaus auch die bisher vielleicht berühmteste außenpolitische Doktrin der Volksrepublik verkündigte, nämlich die sog. "Drei-Welten-Theorie" (14). Kein Zweifel, China glaubte damals (offensichtlich im Anschluß an die OPEC-Erfolge von 1973), die alte Weltwirtschaftsordnung mit Hilfe einer neuen Rohstoffpolitik aushebeln und gleichzeitig weltweite Vereinte Fronten gegen die beiden "Supermächte" aufbauen zu können.

Die Diskussion um eine neue Welt-Rohstoffordnung geht bis in die fünfziger Jahre zurück, hat aber durch die "Ölkrise" von 1973 eine besondere Aktualisierung erfahren, da der gewaltige Preisschub beim Rohöl einen Teil der Dritt-Welt-Länder, nämlich die OPEC-Staaten, über die Maßen begünstigte, während gleichzeitig andere Dritt-Welt-Länder in ihrem Wachstum ruckartig gebremst wurden. Davon waren auch solche nicht-öl-exportierende Länder betroffen, die ansonsten mit Rohstoffen gesegnet sind, die aber von nun an, wegen des Rückgangs der allgemeinen Weltwirtschaft, existenzgefährdende Gewinneinbußen hinnehmen mußten - ein Verlust, der umso schlimmer zu ertragen ist, als Rohstoffe in der Regel die einzigen Exportgüter eines durchschnittlichen Ent-

wicklungslandes sind.

Wie nun läßt sich das Auf und Ab der Rohstoffpreise beseitigen? Diese Stabilisierungsfrage spielt in der Nord-Süd-Diskussion die Schlüsselrolle.

Theoretisch lassen sich hier vier Hauptmaßnahmen denken, nämlich

- die Errichtung von Rohstoff-Stabilisierungspolstern,
- ferner die Kontingentierung von Exportquoten,
- des weiteren langfristige Verträge mit Abfederungscharakter, d.h. mit Festlegung von stabilisierungsfördernden Abnahme- und Lieferverpflichtungen
- und schließlich die Bildung von Rohstoffkartellen auf seiten der Verkäufer.

Sämtliche Maßnahmen sind mit erheblichen Implikationen belastet:

- Die Anlage von Rohstoff-Stabilisierungspolstern zieht, wie der EG-Agrarmarkt unrühmlicherweise zeigt, erstens eine riesige und kostspielige Rohstoffbürokratie nach sich, würgt zweitens jeden Wettbewerb ab und eignet sich drittens nur für lagerfähige - d.h. nicht verderbliche - Rohstoffe.

- Bei der Kontingentierung schneiden sich am meisten die Erzeugerländer selbst ins Fleisch, da hier ja nicht nur Export-, sondern auch Produktionskürzungen erforderlich werden.

- Abfederungskontrakte schließlich führen häufig am Marktbedarf der Industrieländer vorbei und werden von diesen daher gescheut.

- Was schließlich Kartelle angeht, so waren eine Zeitlang zwar die 13 OPEC-Staaten höchst erfolgreich, während Kartelle für andere Rohstoffe, z.B. für Holz, Erze, Bauxit oder Jute, ins Leere stießen. Inzwischen zeigt aber selbst der Mißerfolg der OPEC, wie zweifelhaft ein am Markt vorbeigehendes Wirtschaftsgebahren ist und wie der Stein, den ein solches Kartell hebt, am Ende auf seine eigenen Füße zurückfällt.

Nachdem die Rohstoff-Frage lange Zeit vor dem GATT, der FAO und anderen UNO-Gremien ohne praktischen Erfolg diskutiert worden war, ging sie schließlich auf die 1964 gegründete UNCTAD (die Welthandelskonferenz der UNO) über, die seitdem zum eigentlichen Zentrum der internationalen Rohstoffdiskussion geworden ist. Die UNCTAD war es auch, die 1974 das "Integrierte Rohstoffpro-

gramm" verabschiedete, welches alle bisherigen Diskussionsansätze zu einer einheitlichen Plattform zusammenschmiedete. Ziele des Programms sollten sein die Verringerung der bisherigen Preisschwankungen, des weiteren die Bindung der Rohstoffpreise an das Niveau der Industriepreise (sog. "Indexierung"), die beiderseitige Versorgungssicherheit und nicht zuletzt der Kampf gegen Protektionismus.

Hauptsächlich wurden fünf Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele vorgeschlagen, nämlich, wie oben bereits erwähnt, die Anlage von Rohstoff-Stabilisierungspolstern, die Einrichtung gemeinsamer Fonds zur Finanzierung der Vorratslager, multilaterale Kauf- und Lieferverpflichtungen zur Einhaltung der Preisgrenze, Diversifizierung der Produktions- und Angebotsstrukturen der Entwicklungsländer und kompensatorische Finanzierungsmodalitäten zur Stabilisierung der Exporterlöse.

Das integrierte Rohstoffprogramm liefe - dies war der UNCTAD durchaus bewußt - am Ende auf einen weltweiten Dirigismus hinaus, der praktisch jede Marktwirtschaft verdrängen mußte. Kein Wunder, daß es zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu schweren Meinungsverschiedenheiten kam, die sich vor allem auf drei Punkte konzentrierten, nämlich die bereits erwähnte Einrichtung von Stabilisierungspolstern sowie von Finanzierungsfonds (der EG-Agrarmarkt mit seinen Auswüchsen stand dabei in negativer Weise Pate!), ferner auf die Maßnahmen zur Stabilisierung (es können zwar Rohstoffpreise, nicht aber Exporterlöse stabilisiert werden!) und schließlich vor allem auf die Indexierung, die nicht nur eine Anpassung des Angebots an veränderte Nachfragestrukturen verhindere, sondern auch die Substitutionskonkurrenz (Herstellung synthetischer statt "natürlicher" Textilien) verstärke.

### 2.2.2.

#### Die Stellungnahme Chinas: vom "Antihegemonismus" zum "Integrierten Rohstoffprogramm"

Stellungnahme der VR China: Bei der UNO-Rohstoff-Konferenz von 1974 beschränkten sich die chinesischen Ausführungen fast ganz auf das Thema des Antihegemonismus. Statt sich mit Fragen des Mißverhältnisses zwischen gestiegenen Industriepreisen und laufend sinkenden Rohstoffpreisen auseinanderzusetzen, statt auf Einzelpunkte, wie spezifische Ent-

wicklungshilfebeiträge, Streichung von Belastungen (Zinsen etc.) und Sonderprogramme für besonders rückständige Länder, einzugehen, unterbreitete die chinesische Delegation eine Analyse für die Gründe der Armut und legte als Therapie ihr Drei-Welten-Modell vor. Die eigentliche Ursache für Rückständigkeit und Armut der Entwicklungsländer liege in der Unterdrückung und Ausplünderung durch Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, wobei die beiden Supermächte eine führende Rolle spielten. Unter dem Vorwand der "Hilfe" praktizierten sie systematische Ausplünderung (15).

Das Rohstoff-Dilemma sei nichts anderes als ein Teilaspekt des allgemeinen Kampfes gegen die Armut, die ihrerseits durch Ausbeutung verursacht sei. Wozu also technische Details über das Rohstoff-Dilemma ausbreiten!? Zuerst einmal müsse die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit erungen werden. Hierbei sei an die Solidarität aller betroffenen Länder appelliert! (16)

China war zu dieser Zeit - wie andere sozialistische Staaten - ein Vertreter der "Imperialismustheorie": Ursache für die Armut und Konflikte in der Welt, vor allem der Dritten Welt, sind nicht etwa eingebaute gesellschaftliche Bremsen oder selbsterzeugte Konflikte in den einzelnen Ländern, sondern vielmehr hegemonistische ("imperialistische", "sozialimperialistische" etc.) Eingriffe. Die Konflikte kommen also nicht von innen, sondern von außen, weshalb in erster Linie weltweit eine antihegemonistische Abwehrstrategie zu entwickeln ist. Wichtigste Elemente dieser Defensivpolitik ist einmal Verteidigungsbereitschaft (der Einzelstaaten und der Regionen) und zweitens die Bildung antihegemonistischer Fronten zur maximalen Isolierung des Gegners. Solche Fronten können entweder innerstaatlicher Natur sein (Eini-gung der verschiedenen Fraktionen zur gemeinsamen Abwehr) oder regionalen Charakters (z.B. OAU, Südostasiatische Gemeinschaft, Südasiatische Gemeinschaft, Andengemeinschaft, Großarabische Gemeinschaft, EG, Westafrikanische Union etc.), ferner intraregionaler Natur (z.B. NATO, ANZUS) oder aber schließlich globalen Gefüges, wobei die UNO oder aber die Blockfreien-Konferenz zumindest Ad-hoc-Ansätze bietet, die in einzelnen Fragen (z.B. Abrüstung, Kampf um ein gemeinsames Meeresbodenrecht etc.) zu aktualisieren ist.

Seit den Reformbeschlüssen klingt das chinesische Urteil wesentlich differenzierter, wenngleich auch jetzt noch eine pauschalistische Tendenz festzustellen ist: Die Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung wird zwar nach wie vor in den Vordergrund gestellt, doch finden inzwischen auch gewisse Spezifizierungen statt. Beispielsweise fordert China die "volle Anwendung" des "integrierten Rohstoffprogramms" und setzt sich für die "Stabilisierung der Rohstoffpreise" sowie für eine gerechte Lösung der "Frage des Exporteinkommens" ein (17).

Nach allgemeinen Erkenntnissen dürfe der Schuldendienst eines Landes nicht 20% seiner Exporteinkommen übersteigen. Inzwischen jedoch liege der Schuldendienst einiger afrikanischer Länder bei 40%, derjenige der lateinamerikanischen Staaten sogar bei 60%. Argentinien, Mexico, Ecuador, Brasilien und Chile hätten 1982 sogar über 100% aufbringen müssen - ein Ärgernis, das nur durch energische Umschuldungsmaßnahmen aus dem Welt geschafft werden könne. Hinzu komme noch ein anderes: Die Exportpreise für Rohmaterialien und Primärprodukte (mit Ausnahme von Öl) seien zwischen 1980 und 1982 auf dem Weltmarkt um durchschnittlich 35% gefallen. Dadurch seien die Schulden der Entwicklungsländer, die 1979 noch bei 40,2 Mrd.\$ lagen, im Zeitraum 1981/82 auf 100 Mrd. angestiegen. Der Ruf nach Einhaltung des integrierten Rohstoffprogramms werde damit noch dringlicher (18).

Die Industriestaaten müßten in Zukunft auch mehr Entwicklungshilfe leisten. Die V.UNCTAD-Konferenz von 1979 habe beschlossen, daß ein Entwicklungshilfeanteil von 0,7% am BSP der einzelnen Entwicklungsländer als Entwicklungshilfesatz angemessen wäre. Die in Betracht kommenden 17 Industrieländer hätten jedoch 1980 nur 0,33%, 1981 sogar nurmehr 0,32% erbracht. Zur gleichen Zeit seien die amerikanischen Leistungen von 0,27% auf 0,2% gesunken (19).

Bei der VI.UNCTAD-Konferenz in Belgrad (6.-30.Juni 1983) wies der chinesische Vertreter ferner darauf hin, daß der Schlüssel zur Lösung (u.a. der Rohstoffprobleme) in der "Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer" liege (20). Kein Wort mehr von Imperialismus und Hegemonismus. Der chinesische Vertreter appellierte an die Vernunft der Industriestaaten: 30% der von den entwickelten

Ländern erzeugten Produkte gingen in die Entwicklungsländer: Die Abhängigkeit von Nord und Süd werde damit augenfällig!

Der Akzent der chinesischen Ausführungen hat sich zwischen 1974 und 1983 also deutlich vom "Antihegemonismus und Antiimperialismus" weg und hin zu wirtschaftsgerechten Ansätzen bewegt, wobei allerdings Marktlösungen ausgeschlossen und dirigistische Maßnahmen gefordert werden!

### 2.2.3. Welche Entwicklungsstrategie für welches Dritt-Welt-Land?

Was die Entwicklungsstrategien anbelangt, so hüllte sich China bei seinen außenpolitischen Erklärungen während der siebziger Jahre in Schweigen.

Seit den Reformbeschlüssen von 1978 hat sich diese Haltung jedoch geändert. Theoretisch gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten: Ein Land kann beispielsweise weniger importieren oder weniger exportieren, mehr importieren oder mehr exportieren wollen. Im ersteren Fall wird in der Wissenschaft von einer "Strategie der Imports substitutionen" gesprochen, im zweiten Fall heißt es "Export substitution" und im vierten Fall "Exportförderung".

Weitere Entwicklungsalternativen hängen mit Prioritätssetzungen zusammen: Schwer- oder Leichtindustrie? Kapitalintensive oder arbeitsintensive Industrie? Industrie oder Landwirtschaft?

Aus dieser Fülle von Varianten werden in der chinesischen Literatur im allgemeinen fünf "Strategien" hervorgehoben, nämlich die der Imports substitution, des Exportersatzes, der Priorität der Schwerindustrie, der "Priorität der Leichtindustrie und Landwirtschaft" sowie des "Exports von Primärprodukten" (21).

Die Volksrepublik kennt hier auch kein Allheilmittel. Jedes Land müsse vielmehr seine Strategie den konkreten autochthonen Bedingungen anpassen. China muß es wissen; denn es hat seit 1949 mit nicht weniger als drei der oben genannten Strategien experimentiert, nämlich mit der "Priorität der Schwerindustrie" (1953-57), mit der "Strategie des Importersatzes" (vor allem während der Kulturrevolution) und - seit Beginn der Reformen - mit der "Strategie der vorrangigen Entwicklung von Leichtindustrie und Landwirtschaft".

Zu keiner Zeit jedoch hat China die Strategie des vorrangigen "Exports von Primärprodukten" betrieben, wie sie für die meisten Entwicklungsländer seit Jahren unumgänglich zu sein pflegt. China betrachtet diese Politik als kritisch, da Volkswirtschaften, die ausschließlich Primärprodukte anzubieten haben, bei den Terms of Trade allemale zu kurz kämen.

Im Gegensatz zu früher bestehen auf chinesischer Seite keine weltanschaulichen Vorbehalte mehr. Jede Strategie wird vielmehr Zweck-Mittel-orientiert betrachtet.

Nicht zuletzt auch warnt China vor "vorgefertigten Modellen". Empfehlenswert sei weder das Vorbild der kapitalistischen Länder noch eine Entwicklungspolitik der "einseitigen Entwicklung der Schwerindustrie und der allseitigen Verstaatlichung", mit dem die Sowjetunion bei den Entwicklungsländern "hausieren gehe" (22).

Nicht uninteressant ist der neue Maßstab, mit dem China die Tauglichkeit einer Entwicklungsstrategie bewertet. Wörtlich: "Hauptkriterium für den Erfolg einer Entwicklungsstrategie ist vor allem die... Hebung des Lebensstandards." (23)

## 2.3. Der Hunger in der Welt

### 2.3.1. Hunger, Unterernährung und Suche nach den Schuldigen

Seit dem Ende des 2. Weltkriegs zeigte sich eine zunehmende Diskrepanz zwischen Getreideproduktionszuwachs auf der einen und Bevölkerungsexplosion auf der anderen Seite. Der Zuwachs in der Nahrungsmittelproduktion innerhalb der Dritten Welt grenzt zwar fast an ein Wunder, insofern zwischen 1963 und 1977 ein Sprung um nicht weniger als +48% erfolgt ist. In der gleichen Zeit wuchs die Bevölkerung jedoch um 44% mit. Während Produktionszuwächse immer schwerer zu erreichen sind und langsam an Grenzen stoßen, geht das Bevölkerungswachstum einstweilen fast noch ungebrochen weiter - möglicherweise bis zum Ende der ersten Hälfte des 21. Jhdts. Was die Getreideproduktion anbelangt, so stieg sie zwischen 1955 und 1970 jährlich um 3,1%, zwischen 1970 und 1980 um jährlich 2,7% und zeigt seitdem eine weiter sinkende Tendenz. Nach FAO-Statistiken gab es unter den 128 Entwicklungsländern in den sechziger Jahren 56 Länder, deren Getreideproduktion mit dem Bevölke-

rungswachstum nicht Schritt halten konnte. In den siebziger Jahren zählten hierzu bereits 69 Länder. Die Weltbank schätzt, daß rund 800 Millionen Menschen in den Dritt-Welt-Ländern hungern oder unterernährt sind.

Gleichzeitig wurden zahlreiche Länder von Getreideexporteuren, die sie einst waren, zu Importeuren. Anfang der sechziger Jahre mußten durchschnittlich 20 Mio.t importiert werden, 1981/82 waren es bereits 90 Mio.t.

Die beiden Hauptfragen, die sich aus dieser Situation ergeben, lauten: Was sind die Ursachen und welche Konsequenzen können daraus gezogen werden?

Als mögliche Ursachen können entweder "Imperialismus"-Argumente oder aber autochthone Determinanten oder beides zusammen genannt werden.

Beide Komplexe waren Gegenstand der Welternährungskonferenz, die von der FAO im November 1974 in Rom veranstaltet wurde.

Als Ursachen kamen damals zahlreiche diverse Einzelfaktoren in die Diskussion, z.B. Klimaschwankungen, Erhöhung der Ölpreise (die "Grüne Revolution" erfordere erhöhte Kunstdüngergaben, die ja auf Ölbasis beruhen), Mangel an landwirtschaftlicher Modernisierung, Bevölkerungsexplosion, fehlende Landreform, mangelnde Eigenanstrengungen der betroffenen Länder, Unterschätzung von Produktionsanreizen, mangelnde Beratung und Ausbildung, unzureichende Marktorganisation und Preisgestaltung, "Teufelskreis" von Arbeitslosigkeit, geringem Einkommen, Unterernährung, geringer Belastbarkeit, Arbeitslosigkeit etc.

Als Strategien wurden -dementsprechend - Familienplanung, Entwicklung von Kleinbetrieben mit Effizienz und Beschäftigungseffekt, behutsamer Umgang mit der "Grünen Revolution" (24), Verbesserung der Marktstrukturen, bessere Agrarforschung, angepaßte Agroindustrie, geeigneteres Pflanzengut etc., aber auch Durchführung einer Landreform und Verwirklichung der Neuen Weltwirtschaftsordnung gefordert (25).

### 2.3.2. Die Stellungnahme Chinas: vom Antihegemonismus/Imperialismus zur "Modernisierung" der Landwirtschaft

Was die Ätiologie des Hungerproblems anbelangt, so schob der

chinesische Vertreter damals alle von seinen Kollegen aus anderen Ländern vorgetragenen Gründe beiseite und wollte nur eine einzige gelten lassen, nämlich die "Ausplünderung und Kontrolle der Entwicklungsländer durch Kolonialismus, Imperialismus und die Supermächte" (26). Man schaue doch auf China: Obwohl die Bevölkerung dort um 300 Millionen Menschen angewachsen sei, gebe es doch keine Ernährungsschwierigkeiten, da das chinesische Volk unter Führung des Vorsitzenden Mao die Ernährungsfrage mit der Formel "Revolution plus Produktion" gelöst habe. Es gebe in China keinen malthusianischen Wettlauf zwischen Bevölkerungs- und Nahrungsmittelzuwachs. Bezeichnend die damalige Wortwahl: In der Ansprache des chinesischen Delegierten kam das Wort "Hegemonie" fünfmal, "Ausplünderung" achtmal, "Kolonialismus" elfmal, "Imperialismus" achtzehnmal und "Supermächte" neunzehnmal vor (27).

Als Therapie empfahl der chinesische Vertreter erstens eine Neue Weltwirtschaftsordnung und zweitens die Nachahmung des chinesischen Vorbilds: In China sei das feudalistische System durch eine Landreform beseitigt und sodann die Vergenossenschaftlichung durchgeführt worden. Die Landwirtschaft diene als Basis, die Industrie als führender Faktor. Jedes Kollektiv verfüge heute in China über eigene Getreidereserven. China führe zwar auch Weizen ein, doch verkaufe es gleichzeitig Reis, das den doppelten Preis auf dem Weltmarkt erziele. Import und Export hielten sich ungefähr die Waage (28). Ein dritter Rat Chinas bestand darin, daß die Supermächte die militärischen Ausgaben senken und mehr für die Nahrungsmittelproduktion tun sollten (29).

Heute hat sich auch hier der Ton und die Argumentationsweise grundlegend verändert. Statt einseitig die Imperialismus-Theorie zur Erklärung aller Negativphänomene heranzuziehen, geht die chinesische Argumentation differenzierend vor. Ursache für die Nahrungsmittelknappheit "in der Nachkriegszeit" seien vor allem drei Gründe, nämlich erstens die "Fesselung der Produktionsverhältnisse durch Feudalismus bzw. Halbfeudalismus". Hochgradige Konzentration des Bodensitzes, äußerst zersplitterte Bewirtschaftung und "blühende" Pachtverhältnisse seien die Folge mißlungener oder gar nicht erst versuchter Bodenreformen. Zweitens wirken auch "Ausbeutung und Ausplünderung durch den Impe-

rialismus" negativ. Die alte Weltwirtschaftsordnung bestehe leider nach wie vor weiter und sei durch drei Merkmale gekennzeichnet, nämlich erstens durch ungerechte Terms of Trade im gegenseitigen Austausch, ferner durch eine "unvernünftige internationale Arbeitsteilung", die vor allem darin zutage trete, daß die Entwicklungsländer (!) als Hauptnahrungsmittelproduzenten fungierten, während die Entwicklungsländer gezwungen seien, Industriepflanzen für die Industrieländer herzustellen, und schließlich durch gravierende Gefällestufen im Nahrungsmittelverbrauch.

Als dritte Ursache neben "Feudalismus" und "Imperialismus" wird noch die falsche Entwicklungsstrategie zahlreicher Dritt-Welt-Länder genannt. Häufig hätten sie einfach das westliche oder aber das sowjetische Entwicklungsmodell kopiert, ohne auf die Besonderheiten ihrer eigenen Länder Rücksicht zu nehmen. Die landwirtschaftlichen Anbauflächen seien infolge dieser verfehlten Politik zusammengeschrumpft, und für die Landwirtschaft seien keine Investitionsmittel mehr übrig geblieben. Gleichzeitig habe eine überstürzte Industrialisierung zur unmäßigen Aufblähung von Städten geführt.

Als Strategie gegen den heutigen Mißstand empfiehlt China eine Neuordnung der wirtschaftlichen Prioritäten. An allererster Stelle müsse in Zukunft die Selbstversorgung mit Getreide stehen. Jegliche Entwicklungsstrategie habe von der Landwirtschaft auszugehen und wieder zu ihr zurückzukehren. Ganz zu Recht hätten die lateinamerikanischen Länder die achtziger Jahre zum "Zeitalter der Landwirtschaft" erklärt. Die Selbstversorgung solle nicht nur im nationalen, sondern auch - wo möglich - im regionalen Rahmen stattfinden. So hätten z.B. lobenswerterweise 13 Länder des Nahen Ostens und Afrikas eine Vereinbarung über die Urbarmachung brachliegender Gebiete im Sudan getroffen, in der Hoffnung, daß der Sudan eines Tages zur "Kornkammer der arabischen Welt" wird.

Wie aber läßt sich diese prioritäre Getreideselbstversorgung in Entwicklungsländern erreichen, die sich durch riesige Bevölkerungszahlen, durch das Übergewicht an Kleinbauern und durch Mangel an Ackerland und Geldmitteln auszeichnen?

Offensichtlich kommt es hier weder auf Kapital- noch auf Ar-

beitsintensität an, sondern vielmehr auf Technik und wissenschaftliche Kenntnisse an. In Zukunft soll Wert auf bessere Bewässerung (Mehrwecknutzung von Wasserläufen, Konzentration auf kleinere Flächen), Umgestaltung der Agrartechnik, Einsatz von Düngemitteln, Verbreitung ertragreicher Saatsorten und Diversifizierung gelegt werden.

Soweit die technische Seite. Eine ganz besonders wichtige Rolle spielt ferner aber auch - wie immer im chinesischen Kontext - die Entwicklung des Menschen: Hier müsse zum einen auf Familienplanung und zum anderen auf Verbesserung der agrartechnischen Ausbildung geachtet werden.

Grundsätzlich sei das Ernährungsproblem aus eigener Kraft zu lösen; doch werde dadurch Entwicklungshilfe keineswegs ausgeschlossen - im Gegenteil: Anzustreben sei auch im Nahrungsmittelbereich eine neue internationale Ordnung. Die Industrieländer wären gut beraten, wenn sie nicht nur Getreide, Geldmittel und Technik zur Verfügung stellten, sondern auch einen internationalen Getreidereservefonds mitfinanzierten (30).

Bezeichnenderweise wird die Landreform heute nicht mehr in den Mittelpunkt der chinesischen Empfehlungen gestellt. Glaubt man nach den Erfahrungen mit dem "bäuerlichen Verantwortungs- und Haushaltsquotensystem" die Bodenreform nicht mehr nötig zu haben? Die Frage ist wohl zu verneinen. Offensichtlich geht man auf chinesischer Seite davon aus, daß Landreform ein so selbstverständlicher Bestandteil jeder neuen Landwirtschaftsstruktur sei, daß man sie gar nicht erst besonders hervorzuheben braucht. Ganz offensichtlich stammen ja die meisten Elemente, die China den Ländern der Dritten Welt empfiehlt, aus dem autochthonen Erfahrungsschatz, so z.B. die Bevorzugung der kleinbäuerlichen Struktur, die vorgeschlagene Mechanisierungs-, Bewässerungs- und Diversifizierungsmaßnahmen, die Betonung der Agrarforschung, die landwirtschaftliche Priorität - und nicht zuletzt die Notwendigkeit einer Familienplanung.

### 2.3.3.

#### Zusammenarbeit mit UNO-Organisationen

China läßt sich inzwischen in einigen Bereichen durch UNO-Organisationen unterstützen. Im Mai 1983 beispielsweise ratifizierte das World Food Programme (WFP) zwei Hilfsprogramme, nämlich für die

Milchwirtschaft in sechs Städten (Beijing, Shanghai, Tianjin, Wuhan, Nanjing und Xi'an) sowie für ein Landwirtschaftsprojekt in der Provinz Hebei. Die Gesamtsumme für beide Programme beträgt 66,58 Mio. US\$ (31).

Bereits früher hat das WFP China Nahrungsmittelhilfe für 103 Mio. \$ im Rahmen zweier Dringlichkeitsprogramme sowie weiterer 16 Entwicklungsprojekte gewährt. Vier dieser Projekte sind inzwischen abgeschlossen.

Bereits am 6. November 1982 hatte China mit dem WFP und der FAO Protokolle zur Entwicklung der Forst- und Fischereiwirtschaft unterzeichnet (32).

Am 7. Mai 1983 eröffnete die FAO ein Büro in der chinesischen Hauptstadt (33).

Auch mit dem UN-Kinderhilfsfonds (UNICEF) arbeitet China eng zusammen. Am 12. August 1982 kam es zwischen beiden zur Unterzeichnung eines Zusammenarbeitsplans für die Zeit 1982 bis 1984, wonach UNICEF der Volksrepublik 20 Mio. US\$ für die Entwicklung von vorschulischer Erziehung, Volksschulerziehung und Kinderforschung etc. einräumt (34). Schon 1981 war ein ähnliches Abkommen unterzeichnet worden.

## 2.4. Industrialisierung

### 2.4.1. Industrielle "Harmonisierung" zwischen Industrie- und Entwicklungsländern: Alternativen und Probleme

Die Fragestellungen der Industrialisierungsproblematik lassen sich im wesentlichen auf drei Gruppen reduzieren.

Da ist zunächst die Strategiewahl: Sollen Importsubstitution oder Exportförderung, Schwerindustrie oder Leichtindustrie, ein kapitalintensiver oder ein arbeitsintensiver Weg, klassisch-westliche oder alternativ-"ländliche" Industrialisierung, Industrie oder Landwirtschaft bevorzugt werden? (Näheres dazu oben 2.2.3.)

Welche Hauptziele sollen zweitens die Industrialisierungspolitik bestimmen: Wachstum, Beschäftigung, Währungsstabilität oder Außenhandelsgleichgewicht? Unter diesen Zielen des klassischen "magischen Vierecks" dürfte für die Entwicklungsländer im allgemeinen das Beschäftigungsziel am erwünschtesten sein.

Drittens gibt es eine Reihe von kontroversen Problemen, die vor allem die UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) beschäftigen:

- Wie läßt sich der Anspruch der Entwicklungsländer nach einem Anteil von 25% an der Weltproduktion realisieren (bisher kommen diese Länder nur für 7% auf)?

- Ist es sinnvoll, daß die Entwicklungsländer sich untereinander um die Absatzmärkte für ihre Halb- und Fertigwarenexporte in den Industrieländern "balgen" - und daß sie vielleicht gar noch Aufteilungsabmachungen treffen? Wie können die Industrieländer dazu veranlaßt werden, ihre eigenen Industrien so umzustrukturieren, daß auch für die Industrieländer Produktionspielraum frei wird? (In der Bundesrepublik macht sich das "Nachdrängen" von Entwicklungsländerindustrien vor allem in solchen Sektoren bemerkbar, die rohstoffabhängig sind und die überdies arbeitsintensiv produzieren, so z.B. im Textil-, Leder-, Papierverarbeitungs- und Feinkeramikbereich etc.)

- Welche Industrieländerbetriebe sollen in Entwicklungsländer verlagert werden? Nach einer Studie des Münchner IFO-Instituts wäre beispielsweise - immer vom Selbstkostenpreis her gesehen - Niger der beste Standort für die Herstellung von Lederbekleidung; Kamerun andererseits empfiehlt sich als umsatzträchtigster Platz für die Herstellung von mehrpoligen Schaltvorrichtungen (35).

- Sollten schließlich weltweite Maßnahmen getroffen werden, die die Herstellung synthetischer Substitutionsprodukte zugunsten wettbewerbsfähiger Naturprodukte aus Entwicklungsländern einschränken/unterbinden?

Weitere Fragen beziehen sich auf die Harmonisierung von Industrialisierungsplänen im regionalen Rahmen, auf die Ausbildung von Fachkräften, auf Technologietransfer sowie auf die Entwicklung angepaßter Technologien in den Entwicklungsländern, auf Informationsaustausch, auf den Ausbau industrieller Forschung und die Förderung von Kleinindustrien.

### 2.4.2. Stellungnahme der VR China: vom Kolonisationsargument zur Forderung nach Technologietransfer

Die erste große internationale Stellungnahme zur Industrialisierungsproblematik gab China bei der 2. Vollversammlung der UNIDO

(UN-Organisation für industrielle Entwicklung) ab, die vom 2. bis 27. März 1975 in Lima tagte. Chen Muhua, heutige Außenhandelsministerin, die damals Delegationsleiterin war, bezeichnete die sog. "Industrialisierungshilfe" westlicher Länder als verkappte wirtschaftliche Kolonisierung. Die kapitalistischen Staaten, vor allem aber die beiden Supermächte, benutzten die "Hilfe" lediglich als Mittel der Plünderung. Sie stießen Überschusswaren durch Dumping ab, monopolisierten die Märkte der Entwicklungsländer, manipulierten die Preise, tauschten die Waren zu ungleichen Bedingungen aus und drosselten die nationalen Industrien anderer Länder. Kurzum, die chinesische Delegation betrieb Politisierung statt Sachdiskussion (36).

Die Entwicklungsländer wären gut beraten, wenn sie sich zu einer Politik des "Gehens auf eigenen Beinen" entschlossen und wenn sie, wie beispielsweise die VR China, beim Aufbau ihrer Wirtschaft die Reihenfolge Landwirtschaft - Leichtindustrie - Schwerindustrie einhielten.

Auch hier hat sich das chinesische Verhalten inzwischen grundlegend geändert (37): Seit 1979 arbeitet China immer enger mit den Industriestaaten zusammen und hat ihnen in Form der Einrichtung von wirtschaftlichen Sonderzonen sowie des Erlasses eines Joint-Venture-Gesetzes (samt Nachfolgebestimmungen) sogar eine Einladung zu verstärkter Zusammenarbeit zukommen lassen.

Allerdings hat sich China bisher nicht offen dazu bekannt, die - so umstrittenen - UNIDO-Forderungen nach einem Anteil der Entwicklungsländer von 25% an der Weltproduktion und nach dem Verbot der Herstellung synthetischer Substitutionsprodukte zu unterschreiben. Indirekt freilich folgt es einer Reihe von UNIDO-Vorstellungen, indem es beispielsweise höhere Marktanteile an den Importen der Industrieländer fordert - wobei es allerdings hauptsächlich an seine eigenen Anteile denkt. Exemplarisch hierfür steht vor allem der Textilbereich. Ferner fordert China mehr Technologietransfer an die Entwicklungsländer und würde es außerdem begrüßen, wenn die Industrieländer einen Teil ihrer Fertigungsstätten in Form von Joint Ventures nach China verlagerten. Freilich steht einer solchen Transplantation ein Paragraph des Joint-Venture-Gesetzes von 1979 im Wege, der verlangt, daß nur modernste Technologie

willkommen sei. Ob freilich Länder wie Japan, die Bundesrepublik oder Frankreich besonders begeistert wären, die Produktion von Gütern modernster Provenienz - z.B. im Bereich der Elektronik - nach China zu verlegen, statt sie im eigenen Land zu betreiben!?

China nahm 1979 an der UNCSTD (UN Conference on Science and Technology for Development) 1979 in Wien teil, deren Ziel darin bestand, die wissenschaftlichen und technischen Kapazitäten der Entwicklungsländer zu erweitern und damit auch die Chancen für die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung zu verbessern. Ausgangspunkt war wiederum die Herausforderung des Wissenschafts- und Technologiemonopols der Industrieländer, das nicht länger hingenommen werden könne. Die Entwicklungsländer dürften, wie der chinesische Vertreter ausführte, nicht einfach erwarten, daß die Industrieländer freiwillig Technologietransfer betreiben und ihr Monopol aus lauter Freundlichkeit so einfach aufgeben. Vielmehr müßten die Entwicklungsländer sich primär auf ihre eigene Kraft verlassen und den soziokulturellen Humus für technologische Neuansätze aufbereiten. Dazu gehörten u.a. die Popularisierung der Technologieerziehung, die Ausbildung von Fachleuten, die Errichtung einer wissenschaftlichen und technischen Infrastruktur und die Erarbeitung von Entwicklungsplänen. Auch der Süd-Süd-Zusammenarbeit komme hier - als einer Form kollektiver Selbsthilfe - eine wichtige Rolle zu. U.a. forderte China - an der Seite der Entwicklungsländer - eine Oberbehörde, die sich der Verbreitung von Wissenschaft und Technologie in den Entwicklungsländern annehmen soll (zumindest in Form eines "Intergovernmental Committee") (38).

In der Praxis hat China inzwischen intensive Kontakte mit den auf UNO-Konferenzen so häufig geschmähten Ländern des Nordens separat aufgenommen und versucht, auf dem Wege über importierte Pilotmuster sowie durch Aktivierung von Joint Ventures einen Technologietransfer eigenen Strickmusters zu organisieren.

Auch mit der UNO sucht China "klarzukommen". In Shenyang entstand z.B. unter Mithilfe der UNO ein Zentrum für die Erforschung von Pestiziden. China beteiligte sich an dem Projekt mit 3,4 Mio. US\$, die UNO mit 960.000 US\$ (39). (Ausführungen zum Technologietransfer zwischen

den Dritt-Welt-Ländern finden sich unter 3.2.2.)

### 2.4.3.

#### "Ländliche Industrialisierung"

Noch ein anderes Industrialisierungsthema spielt im Zusammenhang mit der VR China eine wichtige Rolle, nämlich das der ländlichen Industrialisierung. Die Volksrepublik gilt sogar als einer der Protagonisten dieser "alternativen" Industrialisierungsstrategie, die in den Jahren 1958/59, also während des Großen Sprungs nach vorn, ihren Höhepunkt fand und die sich nicht nur im Aufbau "normaler" ländlicher Industrien wie Textilien, Töpferwaren, Leder, Bekleidung, Möbel und Holzwaren, sondern auch in der Errichtung von "Volkshochöfen" niederschlug.

Inzwischen freilich ist deutlich geworden, daß die "Strategie der ländlichen Industrialisierung" in China einige empfindliche Rückschläge erfahren hat: Zum einen geht das Land ja auf "zwei Beinen" und betont neben der Kleinindustrie auch die Schwerindustrie. Gleichzeitig wurde aus den Enthüllungen von 1979 ff. deutlich, daß nahezu drei Jahrzehnte lang eine Politik des "Ungleichgewichts" zwischen den einzelnen Industriesektoren zugunsten der Schwerindustrie in Kauf genommen wurde. China ist deshalb nicht nur ein Vorreiter der Dorfstrategie, sondern es hat, so paradox dies klingen mag, in diesem Bereich vor allem einen riesigen Nachholbedarf, der im Interesse des Abbaus städtischer Arbeitslosigkeit so bald wie möglich gedeckt werden muß. Erst die Reformer haben aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen gezogen.

### 2.5.

#### Umweltschutz

#### 2.5.1.

##### Ökonomie oder Ökologie?

Spätestens seit der UNO-Umweltkonferenz, die vom 5. bis 16. Juni 1972 in Stockholm unter dem Motto "Raumschiff Erde" und "Only one earth" stattfand, ist die Zentralaussage der Pessimisten unter den Ökologen ins allgemeine Bewußtsein gedrungen, daß nämlich die moderne Industriegesellschaft über die Zerstörung der Ökologie ihren eigenen Untergang produziert: Die Energiereserven gehen zu Ende, Luft und Wasser verschmutzen, die Atmosphäre wird gefährlich aufgeheizt, Schall- und Reizüberflutungen sorgen für psychische Umweltverschmutzung und die Bevölkerungsexplosion tut ein übriges, um die Spirale

von Ursache und Wirkung im ökologischen Selbstvernichtungsprozeß zu beschleunigen.

Umweltverschmutzung äußert sich in den Entwicklungsländern häufig anders als in den Industriestaaten: Ist hier wachsende Luft- und Wasserverschmutzung, thermische Pollution und Überflutung mit allen möglichen krankheitsfördernden Reizen gemeint, so stehen dort hauptsächlich Probleme wie Monokulturen mit ihren disfunktionalen Folgen, Bevölkerungsexplosion und Großstadt-"Verslumung" im Vordergrund.

Bei der Stockholmer Konferenz rückten sechs Themenkreise in den Vordergrund, nämlich die Siedlungsgestaltung, die Art und Weise der Rohstoffausbeutung, die Schadstoffkontrolle, die Umweltspezialistenausbildung, das Verhältnis von Wachstum und Umwelt sowie die Internationalität der Umweltproblematik.

Am umstrittensten war der hier genannte fünfte Punkt, nämlich das Verhältnis von "Wachstum und Umwelt".

Zahlreiche Dritt-Welt-Länder wären bei diesem hier auftauchenden Zielkonflikt durchaus bereit, Umweltschäden in Kauf zu nehmen, wenn dadurch die Entwicklung ihrer Industrie und ihrer Landwirtschaft vorangetrieben würde.

### 2.5.2.

#### Die Stellungnahme Chinas 1972: von der Umweltverschmutzung durch Aggression zur Aktion Gemeinsinn

An der Stockholmer Umweltkonferenz von 1972 nahm die Volksrepublik mit einer Delegation teil, die nicht weniger als 31 Mann umfaßte. Delegationsleiter war ein "Mann der Industrie", nämlich der spätere Metallurgieminister und damalige stellvertretende Minister für Brennstoffe und chemische Industrie, Tang Ke.

Tang stellte zwar einige technische Gesichtspunkte heraus (jedes Land müsse in seinen eigenen Grenzen die Verunreinigung der Umwelt durch Abgase, Abwässer und Abfälle verhüten und durch patriotische Massenbewegungen für Hygiene und Aufforstung seinen Beitrag leisten). Im übrigen stellten die Chinesen jedoch auch bei diesem Thema fast ausschließlich die politischen Aspekte in den Vordergrund. Umweltschädigung sei hauptsächlich das Ergebnis einer imperialistischen Politik der Plünderung, der Aggression und des Krieges. Eine der wichtigsten Umweltverschmutzun-



gen sei der amerikanische Krieg in Indochina.

Verunreinigungen durch die jungen Industrien der Entwicklungsländer fielen demgegenüber kaum ins Gewicht. Jedes Land der Dritten Welt müsse das Recht zum Aufbau einer nationalen Wirtschaft und modernen Industrie haben. Umweltrücksichten hätten sich diesem Ziel unterzuordnen. Die Aufbauinteressen der Entwicklungsländer dürften nicht von den Großen unter dem Vorwand des Umweltschutzes unterminiert werden.

China betrieb mit dieser "Politisierung des Umweltbewußtseins" - wieder einmal - die Politik der Vereinten Fronten mit den Entwicklungsländern - ein Versuch, der ihm weitgehend gelang. Allerdings hatten die meisten Länder der Dritten Welt wenig Verständnis dafür, daß China den Punkt 21 der Umwelt-Deklaration, nämlich das Verbot "fortgesetzter Waffentests, insbesondere von Versuchen mit Massenvernichtungsmitteln", nicht beachten wollte, wobei die Notwendigkeit der Selbstverteidigung als Begründung herangezogen wurde (40).

### 2.5.3.

#### **"Aktion Gemeinsinn" = Familienplanung + sparsamer Rohstoffverbrauch + "Begrünung"**

Seit Beginn des Reformkurses hat China auch in puncto Umweltschutz seinen außenpolitischen Kundgebungsstil geändert.

Bezeichnend dafür die Erklärungen bei der im April/Mai 1982 in Nairobi abgehaltenen 5. Sitzung der UN-Kommission für menschliche Siedlungen (UN Commission on Human Settlements), bei der u.a. ein Zehn-Jahres-Resumee über die Auswirkungen der Stockholm-Beschlüsse gezogen wurde. Auch jetzt wies die chinesische Vertretung zwar darauf hin, daß es sich bei der Umweltverschmutzung nicht um ein isoliertes, lokales, sondern um ein umgreifendes sozioökonomisches Phänomen handle. Auch diesmal wollte China nicht darauf verzichten, auf den Zusammenhang zwischen der "ungerechten und irrationalen" gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung und der Umweltverschmutzung in zahlreichen Entwicklungsländern zu verweisen (41).

Nach dieser kurzen "Politisierung" des Themas kamen die Ausführungen der Delegation jedoch schnell zur Sache und wurden höchst konkret. Wichtig im Rahmen des Umweltschutzes sei einmal eine re-

solute Familienplanungspolitik, ferner eine gesunde Forstwirtschaft (die Waldfläche sei sogar ein Grundindikator für eine solide ökologische Umwelt), des weiteren schonender Umgang mit den Ressourcen, Verwendung von organischen Düngern und von umweltfreundlichen Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie - last not least - wirkliche Abrüstung (42). An anderer Stelle wird betont, daß in den letzten zwanzig Jahren weltweit über ein Viertel der Walddecke verlorengegangen sei. Im gleichen Zeitraum seien 11 Mio. ha an tropischen Wäldern zerstört worden. Bis zur Jahrtausendwende würden es weitere 12% sein. Die Folge dieser Abholzung seien Erosions- und Desertifikationerscheinungen (43).

An anderer Stelle weist der chinesische Vertreter darauf hin, daß es "unmoralisch" sei, Verschmutzungen auf den Nachbarn abzuwälzen. Was den sauren Regen anbelange, so müsse das Problem an der Wurzel angegangen werden; Entschwefelungsanlagen seien daher auf die Dauer unverzichtbar.

Des weiteren solle der Energiebedarf nicht nur durch einseitige Verbrennung von Kohle oder Öl, sondern durch Einsatz von natürlichen Mitteln gestillt werden, wie sie vor allem auf dem Lande verfügbar seien. Solarenergie, Biogas, Windkraft, kleine wassergetriebene Anlagen und die Anpflanzung von schnellwachsenden Brennholzwäldern ergäben zusammen genommen ein weites Bündel von Energiesubstituten, die zugleich umweltschonend sind. Hier könne China auf reiche eigene Erfahrungen verweisen (44).

Auch für Fragen der Stadtplanung beginnt sich China in wachsendem Maße zu interessieren. U.a. nahm es an einer achttägigen UN-Konferenz über städtische Probleme im Juni 1982 in Yokohama/Japan teil. Dort wurde eine Erklärung herausgegeben, daß überbevölkerte und schlecht finanzierte Städte nach Möglichkeit dezentralisiert werden und daß darüber hinaus die Unterschiede zwischen Stadt und Land eingeplant werden müßten (45). China, auf dessen Territorium immerhin 15 Millionenstädte und 43 Städte mit über 500.000 Einwohner existieren, weiß aus eigener Erfahrung, welche Umweltbelastungen solche Metropolen mit sich bringen. Mit Besorgnis wird festgestellt, daß die Stadtbevölkerung in den Entwicklungsländern sich während der nächsten zwanzig Jahre verdoppeln und dann am Ende rund zwei Milliarden Menschen umfassen

wird - mit allen negativen Auswirkungen wie Slums, Squattervierteln, mangelhaften Infrastruktur- und Gesundheitseinrichtungen u.dgl. (46)

Chinas Therapievorstellungen sind einstweilen noch schwankend: Auf der einen Seite verkündet es, daß die Umweltprobleme mit der Genese einer Neuen Weltwirtschaftsordnung ein Ende fänden (47), auf der anderen Seite werden in durchaus affirmativer Weise Erklärungen aus Nairobi kommentiert, denen zufolge bessere "soziale Bedingungen" (z.B. im Siedlungswesen) "einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht automatisch auf dem Fuße folgen". Vielmehr müsse an das Umweltproblem mit einem integrierten Programm herangegangen werden, das sich um einen Ausgleich zwischen sozialen wirtschaftlichen und physikalischen Faktoren zu bemühen habe (48).

Nach chinesischer Auffassung hat der bei der Stockholmer Konferenz von 1972 verkündete Umweltschutzgedanke inzwischen weltweit gezündet (49) - u.a. in China selbst: Dort ist inzwischen ein Umweltschutzgesetz sowie neuerdings auch ein Gesetz über maritimen Umweltschutz (vom 1. März 1983) ergangen. China zeigt sich überdies an der Umweltbewegung in anderen Teilen der Welt, vor allem in Westeuropa, interessiert (50).

### 2.5.4.

#### **Keine "alternative Gesellschaft"**

Der Traum von einer "alternativen Gesellschaft" mit "sanfter Technologie" findet in China dagegen nur begrenzt Verständnis. Die oben erwähnten Energiesubstitute werden eher als Not- denn als Patentlösung verstanden. Sie entlasten die nach wie vor prioritär behandelte Großindustrie vor ländlichen Anforderungen! Überhaupt läßt sich die Beobachtung machen, daß in keinem der "konfuzianischen Nachfolgestaaten" - sei es nun in Japan, Hongkong, den beiden Koreas, Singapur oder Taiwan - "Anti-growth-Parteien" Chancen haben, sich Gehör zu verschaffen. Man hat dort überall fast blind auf "Fortschritt" geschaltet und schenkt ökologischen Einwänden nur wenig Beachtung. Soweit "sanfte Technik" in China Anwendung findet, ist es, wie gesagt, nur eine Verlegenheitslösung, die man im Rahmenwerk der Simultanitätsstrategie als "zweites Bein" eben mitnimmt.

**2.6.****Die Neuaufteilung der Erde: das internationale Seerecht****2.6.1.****Altes und neues Seerecht**

Bei der Ausarbeitung der neuen Seerechtskonvention, die 1982 verabschiedet wurde, hat China seinen bisher wohl größten Triumph erlebt, insofern es ein Höchstmaß an Egoismus mit einem Maximum an demonstriertem Gemeinsinn unter einem Dach zu vereinen wußte. Es konnte fast all seine Vorstellungen im Hinblick auf die anliegenden Meere (Bo-, Gelbes, Ostchinesisches und Südchinesisches Meer) durchsetzen und gleichzeitig Großzügigkeit in allen Fragen demonstrieren, die jenseits dieser Bereiche liegen. Die Volkszeitung bejubelt die neue Seekonvention als einen Sieg der Länder der Dritten Welt, zu denen auch China gehöre (51), und vollführt damit die große umarmende Geste.

Die Problematik der Meerpolitik ist Folge einer Fülle von Neuentwicklungen, die sich seit dem Ende des 2. Weltkriegs ergeben haben. Die alten, bis auf Hugo Grotius zurückgehenden Traditionen waren immer obsoleter geworden, sei es nun die (durch die Reichweite der Artillerie des 17. Jhdts. bedingte) Drei-Meilen-Zone, sei es der alte Grundsatz von der Freiheit der Meere oder aber die Prämisse, daß der Fischreichtum unbegrenzt sei.

Die Revolution des Schiffbaus, die Versechsfachung der Tonnagen innerhalb der letzten vierzig Jahre, die Verschmutzungsanfälligkeit durch Großtankerunfälle, die zunehmende militärische Konkurrenz mit immer raffinierter werdenden Geräten (atomgetriebenen U-Booten, militärischen Installationen unter dem Meeresspiegel), die Überfischung ganzer Ozeane im Gefolge eines rücksichtslosen Konkurrenzkampfes, die Auffindung riesiger Bodenschätze (vor allem Manganknollen) auf dem Tiefseeboden und die Entwicklung technologischer Möglichkeiten, solche Vorräte auch noch kostengünstig zu erschließen - all dies sind neue Herausforderungen, auf die es zeitgemäße Antworten zu geben gilt. Eine Zeitlang bestand die Gefahr einer Totalaufteilung der Meeresböden zwischen einigen Küstenstaaten - dies auf Kosten Dutzender von Staaten der Dritten Welt, die seit den fünfziger und sechziger Jahren neu entstanden waren. Diese "jungen" Staaten waren es denn auch, die mit ihrem Protest die Diskussion um ein neues Seerecht ins Rollen brachten.

Bisher haben drei UNO-Seerechtskonferenzen stattgefunden. Die erste (1958) verabschiedete vier Konventionen, nämlich über Territorialgewässer, über die Hohe See, über den Kontinentalschelf und über die Erhaltung der Meeresressourcen. Die zweite Konferenz, 1960 ebenfalls in Genf abgehalten, blieb ohne spektakuläre Erfolge. Die Länder der Dritten Welt machten geltend, daß die Ergebnisse dieser beiden ersten Konferenzen vor allem den Industriestaaten zugute gekommen seien. Dies sei unhaltbar. Neue Bestimmungen seien unumgänglich. Forderungen dieser Art führten schließlich zur dritten Seerechtskonferenz, die acht Jahre lang, nämlich von 1973 bis 1982, tagte und die damit zur größten, längsten und teuersten Konferenz der Menschheitsgeschichte überhaupt wurde. Am 30. April 1982 kam es dann endgültig zur Verabschiedung einer aus 320 Artikeln bestehenden Seerechtskonvention, der neun Annexen und fünf Resolutionen angehängt sind. Zwischen dem 6. und 10. Dezember 1982 fand die Ratifizierungszeremonie in Jamaica statt. Das Stimmenverhältnis lautete 130:4:17. Die vier Nein-Stimmen kamen von Israel, der Türkei, Venezuela und den USA. Stimmenthaltung übten die meisten west- und osteuropäischen Staaten, unter ihnen die Bundesrepublik, die DDR und die UdSSR. China stimmte für die Konvention und schlug sich damit auf die Seite der Mehrheit - der quantitativen Mehrheit wohlgemerkt; denn die beiden Supermächte sowie die wichtigsten Industriestaaten blieben abseits: Die 4 plus 17 Staaten bestreiten nämlich über 60% des Beitragsaufkommens der UNO, das ja größtenteils auch die in der Seerechtskonvention bestimmte Tiefseebehörde finanzieren soll. Fielen diese 60% aus, so wäre die Verwirklichung der Konvention gefährdet.

Wichtigste Probleme, die es zu entscheiden galt, waren die Breite der Territorialgewässer, die freie Durchfahrt, die Breite der Wirtschaftszonen, die Ausdehnung des Festlandssockels, die Regelung der "Hohen See" und das Verfahren bei Streitigkeiten. Auch die Modalitäten der Abgrenzung zwischen Nachbarstaaten, der Zugang von Binnenländern zum Meer, die Meeresforschung und der maritime Umweltschutz bedurften präziserer rechtlicher Ausformungen.

Am Ende kamen bei den jahrelangen Beratungen Ergebnisse heraus, die vor allem den Langküstenstaaten, u.a. der VR China, nützlich waren.

- Die Territorialgewässer, also die Hoheitszonen der Küstenstaaten, erstrecken sich auch künftig auf 12 sm - dies war bereits bei der zweiten Seerechtskonferenz von 1960 festgelegt worden. Die friedliche Durchfahrt ("innocent passage") soll in diesen Gewässern grundsätzlich gewährt werden.

- Exklusive Wirtschaftszonen: Jedes Küstenland hat außerdem souveräne Rechte auf Gewässer bis zu 200 sm von seinen Küsten aus. Hier ist es alleiniger Inhaber der Fischerei- und Rohstoffausbeutungsrechte; auch hat der betreffende Küstenstaat bestimmte Rechte über wissenschaftliche Meeresforschung, Schutz und Erhaltung der Meeresumwelt.

Mit Einführung der 200-Seemeilen-Zone, die wohl das wichtigste Ergebnis der dritten Seerechtskonferenz ist, werden die Rohstoffe in Höhe von vermutlich 40% von vornherein von einigen Staaten vereinnahmt, deren einziges Verdienst an diesem "Zugewinn" darin besteht, daß sie zufällig eine günstige Küstenlage aufweisen. Die USA haben bei der Seerechtskonferenz wenigstens noch insofern mit offenem Visier gekämpft, als sie - ganz unverblümt - nicht nur die 200-Seemeilen-Exklusivzone beanspruchten, sondern darüber hinaus auch noch - und zwar wegen ihrer technischen Möglichkeiten - individuelle Zugriffsrechte auf Rohstoffe im Bereich der Hohen See forderten. China dagegen, das diese technologischen Möglichkeiten noch lange nicht besitzt, hat zwar ebenfalls "voll zugelangt", gleichzeitig aber die schönen Worte vom "gemeinsamen Erbe der Menschheit" dauernd im Munde geführt ("common heritage of mankind"). Nationaler Egoismus und vollmundiger Internationalismus sind hier eine höchst merkwürdige Verbindung eingegangen.

- Der Festlandssockel kann sich sogar noch über die 200-Seemeilen-Grenze hinaus erstrecken und darf "unter besonderen Umständen" maximal sogar bis zu 350 sm von der Küste weg reichen. Die Küstenländer haben das alleinige Recht auf die im Bereich dieses "Kontinentalschelfs" liegenden Naturressourcen (Meeresbergbau), vor allem auf die hier besonders häufig anzutreffenden Öl- und Gasvorkommen. Kein Wunder, daß die Probleme des Kontinentalschelfs die chinesischen Völkerrechtler häufig beschäftigen (52).

- Binnenländer haben das Recht auf Zugang zu den Meeren.

- Freie Durchfahrt (innocent passage): In und über allen Gewässern außerhalb der nationalen 12-Seemeilen-Zone bestehen freie Navigations- und Überflugrechte für kommerzielle und militärische Schiffe und Flugzeuge. Die rund 120 internationalen Meerengen, die vor allem im Nordwestpazifik (40 Meerengen), Ostpazifik (16 Meerengen), Südwestpazifik (28 Meerengen) und im Indik (2 Meerengen) liegen (die restlichen 23 Meerengen gehören zur Karibischen See, zum Nordatlantik und zum Mittelmeer), rechnen nach der neuen Konvention nicht zu den Territorialgewässern, sind also frei durchfahrbar - auch wenn sie schmaler als 12 sm sind.

- Für Streitigkeiten wird ein neuer Internationaler Gerichtshof für Seerecht geschaffen, der seinen Sitz künftig wahrscheinlich in Hamburg bekommen wird.

- Schließlich bestimmt die Konvention, daß aller Meeresboden, der außerhalb der Territorialgewässer, Wirtschaftszonen und Festlandsockel liegt, internationales Gebiet sei, das - als sog. "gemeinsames Erbe der Menschheit" - durch eine internationale Meeresbodenbehörde überwacht werden soll. Den Bedenken der Industriestaaten, daß hier eine superteure und superdirigistische Neobürokratie entstehen könnte, die am Ende durch die Beiträge der Industrieländer zu finanzieren wäre, halten die Dritt-Welt-Staaten entgegen, daß diese Behörde der angemessene Preis für die im Gegenzug konzertierte globale Bewegungsfreiheit von Handelsflotten und Seestreitkräfte der Industrieländer sei.

Der Abbau der kartoffelgroßen Manganknollen ("Nodules") soll in einem sog. "Parallelsystem" von Privatunternehmen aus den verschiedenen Staaten und einem seebehördeneigenen "Unternehmen", dem sog. "Enterprise", erfolgen. Die Konvention sieht Gebühren, Steuern, Produktionsplafonds, einen obligatorischen Technologietransfer und die Umverteilung von abgeschöpften Erträgen durch einen speziellen Fonds vor. Einzelheiten sind erst noch auszuarbeiten.

### 2.6.2.

#### **Die Stellungnahme Chinas: vom "Kampf gegen die Hegemonie zur See" (53) zur Wahrung des eigenen Vorteils**

Schon seit Beginn der dritten Seerechtskonferenz hatte sich die VR China für eine Hochseebehörde und für die Wahrung der In-

teressen der Dritt-Welt-Länder stark gemacht - soweit dies nicht ihre eigenen Ansprüche auf die dem chinesischen Festland vorgelagerten Meere in Gefahr brachte. China wandte sich gegen den Grundsatz der Meeresfreiheit und plädierte für ein System der - wie man es nennen könnte - "verplanten Meere". Das Völkerrecht sollte im Interesse der Entwicklungsländer eine neue Wende erfahren: Herrschte noch bis zur Schwelle der Neuzeit die Praxis vor, das Meer oder ganze Meeresteile als Eigentum bestimmter Staaten anzusehen (z.B. nach dem britischen "Kingdom of the Four Seas"), so setzte sich seit dem 17.Jhdt. (Hugo Grotius, "Mare liberum", 1609, contra John Selden, "Mare clausum", 1618/35) der Grundsatz durch, daß die Meere außerhalb jeglicher Staatshoheitsgewalt stünden, also res nullius seien.

Würden sich die mit den Dritt-Welt-Vorstellungen gleichlaufenden chinesischen Forderungen durchsetzen, so wären - dies war schon damals klar - die Meere, die ja immerhin 70% der Erdoberfläche bedecken, in Zukunft res communis aller Völker der Welt, an deren Schicksal sämtliche Staaten, ob groß oder klein, mitzubestimmen hätten.

China praktizierte schon damals meisterhaft seine Vereinte-Fronten-Politik. Gerade bei der Seerechtskonferenz trat der spezifische "Arbeitsstil" der Volksrepublik besonders holzschnittartig klar hervor, nämlich in Form des Prinzips der sog. "Massenlinie" sowie der "Kritik und Verurteilung".

Der Führungsstil der "Massenlinie" gebietet es, die Meinung jedes Staates, und sei er auch noch so unbedeutend, "zu sammeln, zu konzentrieren und sie wieder in die Massen" (d.h. hier also die Gemeinschaft der Staaten, vor allem der Dritten Welt) hineinzutragen.

Was die "Arbeitsmethode der Kritik und Verurteilung" anbelangt, so achtete China stets darauf, daß in allen Fragen die beiden Supermächte, und hier wiederum die Sowjetunion, "demaskiert" wurden. Beide hielten starr an den Genfer Konventionen von 1958 fest, die ja ausschließlich den Industrienächten dienten. Für dieses Dritt-Welt-feindliche Verhalten sollten sie ihre Quittung erhalten! (54)

Diesen "Arbeitsstil" hat China über die Jahre hinweg beibehalten, wenn im Laufe der Zeit seine

Argumente auch immer mehr technisch-sachlichen Charakter annahmen. Am Ende setzte es seine Vorstellung in fast allen Fragen, Territorialgewässer - Wirtschaftszonen - Festlandsockel - Internationale Meeresbehörde etc, durch. Es gehörte damit zu den großen Gewinnern ebenso wie zu den großen Verteidigern der Dritt-Welt-Rechte!

Freilich war China auch jetzt mit dem Erreichten noch nicht ganz zufrieden:

Auf der einen Seite sei das internationale Meeresbodenregime immer noch zu großzügig und privilegiere die industriestaatlichen Unternehmen durch eine Fülle von Vorzugsrechten. Es müsse noch weiter klargestellt werden, daß die Zuständigkeiten der neu zu schaffenden Meeresbehörde nicht durch Extraverträge zwischen den Industriestaaten (sog. "Miniverträge") umgangen würden (55). Mit diesen Ausführungen wandte sich China an sein Publikum aus der Dritten Welt und bedeutete diesem nebenbei auch, daß ein Stück der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung auf dem Umweg über die Meeresbehörden - also gleichsam durch die Hintertür - eingeführt worden sei.

Auf der anderen Seite brachte es aber noch einige Kritiken vor, die eigene - chinesische - Interessen tangierten:

- Die neuen Bestimmungen über "Freie Durchfahrt" gingen nicht streng genug mit Kriegsschiffen ins Gericht und nähmen auf die Forderung einiger industrieller Großmächte unangemessen viel Rücksicht.

- Auch bei der Definition des "Kontinentalschelfs" und bei den Bestimmungen über die Abgrenzung exklusiver Wirtschaftszonen sowie der Kontinentalschelfe zwischen einander gegenüberliegenden oder benachbarten Staaten gebe es noch Unzulänglichkeiten (56). Der chinesische Vertreter spielt hier offensichtlich darauf an, daß das neue Seerecht die Maximalansprüche Chinas, vor allem auf das Südchinesische Meer, das ja nach den Beijinger Vorstellungen bis zum Zengmu-Riff vor der Küste Malaysias reicht, nicht genügend ab sichere.

Hier ist in der Tat ein kritischer Punkt angesprochen. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß die Auseinandersetzungen um Anteile am Südchinesischen Meer noch lange nicht beendet sind, sondern zwischen den Hauptpartizipanten, nämlich Chi-

na, den Philippinen, Vietnam und Indonesien, noch lange weitergehen dürften. Mit ihrem - durch historische Argumente begründeten - Zugriff auf rund 80% des Südchinesischen Meers hat sich die Volksrepublik vor allem von seiten Vietnams "Expansionismus"-Vorwürfe eingehandelt. Die Polemik gegen die chinesischen See-grenzen-Ansprüche gehört mit zu den Schlüsselementen der anti-chinesischen Propaganda Vietnams.

1974 hatte China gefordert, daß "alle Küstenländer berechtigt sind, in vernünftiger Weise über die Grenzen ihrer Territorialgewässer und ihrer Hoheitsrechte zu entscheiden, und zwar sowohl aufgrund ihrer geographischen Bedingungen wie auch mit Rücksicht auf die Notwendigkeit ihrer Sicherheit und ihrer nationalen Interessen sowie angesichts des Erfordernisses, daß Länder, die an demselben Meer gelegen sind, die Grenze zwischen ihren Hoheitsgewässern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit festlegen sollen" (57). Weder die Philippinen noch Indonesien oder Vietnam halten den chinesischen Anspruch für "vernünftig".

China andererseits argumentiert in solchen Territorialgewässer-Fragen gern mit Festlandsockel-Argumenten. Bei einem internationalen Seminar über die "Sedimentation des Kontinentalschelfs" in Hangzhou machte der chinesische Vertreter beispielsweise deutlich, daß das Ostchinesische Meer zu einem großen Teil vom Changjiang mit Sedimenten aufgefüllt worden sei (58).

## 2.7. Überrüstung

### 2.7.1. Sind Abrüstungsdiskussionen überhaupt sinnvoll?

Die Abrüstung ist ein altes Thema, das die UNO schon seit dem Ende des 2. Weltkriegs beschäftigt, und das von Anfang an im Zentrum der Diskussionen der Weltorganisation gestanden hat. China nimmt seit seinem UNO-Beitritt i.J. 1971 engagiert an dieser Diskussion teil.

Die wichtigsten Fragen, um die sich der Meinungsbildungsprozeß dreht, lassen sich etwa folgendermaßen skizzieren:

- Was ist das Wesen des Kriegs? Ist er vermeidbar oder unvermeidbar? Und sind, je nach Antwort auf diese Frage, Abrüstungsdiskussionen überhaupt sinnvoll?

- Hat die Abrüstung lokale (z.B. nuklearfreie Zonen) oder aber grundsätzlich globale Dimensionen? Sind Teilabrüstungen sinnvoll oder nützt nur eine Totalabrüstung? Welchen Stellenwert hat ein Anwendungsverzicht (z.B. für ABC-Waffen)? Soll sich die Abrüstung nur auf atomare oder auch auf konventionelle Waffen beziehen? Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Entwicklungshilfe und Rüstung? Wo liegen die Grenzen für eine Überwachung von Abrüstungsmaßnahmen? U.dgl.

### 2.7.2. Die Stellungnahme Chinas: von Maximalforderungen zum Gradualismus

Die VR China hat ihre Abrüstungsvorschläge im Laufe der Jahre immer wieder abgewandelt. Die ersten systematischen Erklärungen zu diesem Thema erfolgten i.J. 1963/64; das zweite Gesamt-abrüstungskonzept wurde 1979 und eine modifizierte Fassung des Konzepts i.J. 1982 vorgelegt. Noch in den sechziger Jahren hielt China den Weltkrieg für unvermeidbar: Er sei eine notwendige Konsequenz des Antagonismus zwischen beiden Supermächten. Der Charakter des Krieges werde auch durch die Atombombe nicht verändert: Der Krieg bleibe qualitativ stets derselbe, weil er sich zwischen verschiedenen Klassen vollziehe. Die geistige, nicht die physische Atombombe gebe am Ende den Ausschlag; ferner sei die Vermeidung von Kriegen auch nicht unbedingt wünschenswert: Verteidigungskriege seien stets "gerecht" und müßten deshalb geführt werden. (Der Falkland-Krieg z.B. war nach chinesischer Auffassung "im wesentlichen gegen den Kolonialismus gerichtet" und insofern "gerecht". In Indochina unterstützte Beijing Vietnam so lange, wie es einen "gerechten Krieg gegen die amerikanische Aggression" führte. Heute führe Vietnam in Kambodscha einen "ungerechten" Krieg.) (59) Und schließlich seien Friedensbewegungen aller Art wertlos.

In all diesen vier Punkten hat China inzwischen, d.h. seit 1979, seine Meinung geändert. Zwar hält Beijing die SALT-Runde für bloßen "Entspannungs-Hokuspokus" (60). Hinter dem Schleier der "Abrüstung" finde, wie die bisherigen drei Runden gezeigt hätten, lediglich eine umso dynamischere Aufrüstung statt, u.a. verlagerten die Sowjets z.Zt. SS-20 nach Asien (61). Trotzdem bejaht China inzwischen die seit 1982 laufenden Verhandlungen zur Verminderung strategischer Waffen (START). Offensichtlich mißt man dieser neuen Runde inzwischen

doch "Vermeidbarkeits"-Wirkungen zu! Auch die Atombombe gilt inzwischen nicht mehr als "Papier-tiger", sondern - wie kritische offizielle Beiträge zu den potentiell verheerenden Auswirkungen von Nuklearwaffen zeigen - als "echter Tiger". Ferner erscheint die Vermeidung von Kriegen wünschbar: China braucht im Zeichen seiner Modernisierung eine "friedliche internationale Umwelt" und hat inzwischen auch damit aufgehört, Guerillabewegungen in anderen Ländern zu unterstützen.

Seit 1982 findet Beijing auch lobende Worte für die Friedensbewegung in verschiedenen Ländern: Sie seien keineswegs in allen ihren Schattierungen "pazifistisch", sondern deckten ein vielfältiges Spektrum ab und erwiesen sich u.a. auch als "antihegemonistische" Kraft (62).

1982 gab China seine "Sechs zu beachtenden Grundprinzipien und vier zu ergreifenden Maßnahmen" bekannt. Die "Sechs Prinzipien" fordern: enge Verbindung von Abrüstungs- und Friedensmaßnahmen; vorrangige Abrüstung der Supermachtsarsenale; gleichzeitige Abrüstung von nuklearen und konventionellen Waffen; Abrüstung darf die Sicherheit nicht schmälern; strenge Überwachungsmaßnahmen; gleichberechtigte Teilnahme aller Staaten an der Abrüstungsdiskussion.

Vier Maßnahmen werden vorgeschlagen, nämlich:

- feierliches Versprechen, nicht als erster Kernwaffen einzusetzen; 50%ige Reduktion der Kernwaffenarsenale als erster Schritt; Versprechen sämtlicher Staaten, gegen andere keine konventionellen Waffen einzusetzen; Verbot von B- und C-Waffen (63).

Vergleicht man die Abrüstungsvorschläge, wie sie China im Zeitraum von zwanzig Jahren (1963-1982) vorgebracht hat, so lassen sich folgende Verschiebungen und Konstanten erkennen.

Verschiebungen:

- Von Maximalforderungen (Totalzerstörung der Waffen, Totalverbot, Gipfelkonferenz aller Länder) zum Gradualismus (50%-Reduktions-Formel);

- von der Ostdimension zur Einbettung in das Nord-Süd-Rahmenwerk (eingesparte Rüstungsmillionen sollten in die Entwicklungshilfe gehen) (1982 wurden 700 Mrd. US\$ für Rüstung ausgegeben, für Entwicklungshilfe dagegen nur 3% dieser Summe);

- von der Denuklearisierung zur allgemeinen Abrüstung;

- vom allgemeinen Verbot nuklearer Installationen zu einer differenzierteren Betrachtungsweise (insofern nämlich die zivile Nuklearforschung von dem allgemeinen Verbot ausgenommen werden müsse).

Die Konstanten: Gleichgeblieben sind demgegenüber

- die Forderung nach Demokratisierung der Abrüstungsberatungen (u.a. Aufwertung der UNO-Generalversammlung);

- und weiterhin die regionale Komponente. China fordert nach wie vor Friedens- und nuklearfreie Zonen in den verschiedenen Teilen der Welt, u.a. im Indik, im Himalaya-Gebiet, im Anden-Bereich usw. (64). Leider seien regionale Kriege seit dem Ende des 2. Weltkriegs an der Tagesordnung gewesen, so in Korea, Indochina, Afrika, in Nahost und Lateinamerika.

Auch hier hat also eine Entpolitisierung der chinesischen Diskussionsbeiträge stattgefunden.

Auch heute allerdings liegt nach chinesischer Auffassung die Ursache der Kriegsgefahr im Streben der beiden Supermächte nach Kontrolle über die ganze Welt. Sie suchten ihre Einflusssphären zu vergrößern und unterstützten daher im Interesse eigenen Machtgewinns regionale Kriege - man denke an Afghanistan, Libanon, Argentinien (65).

Die Grundlinie der Außenpolitik Chinas besteht daher in zwei Zielsetzungen: Bewahrung des Friedens und Kampf gegen den Hegemonismus (66). Der Kampf für Abrüstung sei heutzutage - angesichts des Aufkommens der Dritten Welt - zu einem Hauptkettenglied des internationalen Antihegemonismus geworden (67).

Der chinesische Abrüstungsappell richtet sich freilich nur an die anderen. China selbst denkt vorerst gar nicht daran, die Entwicklung und "Modernisierung" des eigenen Militärapparats zurückzuschrauben, wobei als Rechtfertigung Verteidigungsargumente angeführt werden. China rüstet nicht auf, um am Ende abzurüsten (diese Pathologie des Rüstungswettlaufs ist dem heutigen chinesischen Denken ganz und gar fremd), sondern um das Nuklearmonopol zu brechen und näher zum Potential der beiden Supermächte aufzuschließen. Die Volksrepublik werde allerdings nie - so die häufig zu hörende Be-

teuerung - zu einer "Supermacht" werden.

## 2.8. Arbeitslosigkeit

### 2.8.1.

#### Hausgemacht oder Imperialismus-verursucht?

Arbeitslosigkeit ist seit einigen Jahren zur Geißel der Industrieländer geworden; in den Entwicklungsländern war sie es - neben vielen anderen Problemen - schon lange. Angesichts der Bevölkerungsexplosion in den Dritt-Welt-Ländern ist die Arbeitslosigkeit dort im wesentlichen identisch mit Jugendarbeitslosigkeit.

Die Ursachen sind vielfältiger Natur: teils exogener Herkunft, ("Imperialismus-Theorie"), teils "hausgemacht" - sei es, daß die Bevölkerung zu schnell wuchs, daß eine falsche Entwicklungsstrategie (blinde Nachahmung des Westens in Form der Bevorzugung kapitalintensiver Sektoren) gewählt wurde, daß aus ideologischen Gründen ganze Wirtschaftssektoren (z.B. das Privatunternehmertum oder der Dienstleistungssektor) erstickt wurden oder daß in Mißachtung des gesunden Menschenverstands (Entwicklung "kommt ja nicht in Kisten") die für Modernisierungsansätze jeglicher Art unentbehrliche Ausbildung unterblieb.

Die Therapieansätze haben diesen vielfältigen Ursachen Rechnung zu tragen und müssen daher notwendigerweise höchst komplex ausfallen.

Jede Strategie hat - bei Entwicklungsländern nicht weiter verwunderlich - zunächst eine internationale Komponente. Ein Teil der von den Dritt-Welt-Ländern geforderten Neuen Weltwirtschaftsordnung impliziert ja auch eine neue internationale Arbeitsteilung; wie anders sonst soll der neue Industriesektor den Menschen in den Entwicklungsländern Arbeit und Brot geben? Wie anders soll das Ziel der UNIDO, daß die Entwicklungsländer bis zum Jahre 2000 insgesamt 25% der Weltindustrieproduktion erbringen, realisiert werden!? Vier Schlagworte tauchen in diesem Zusammenhang auf, nämlich "Verlagerung von Industrieländerbetrieben in Entwicklungsländer" bei gleichzeitiger Strukturaneignung der Industrieländer; Beseitigung der Zollschranken und des "Protektionismus" der Industrieländer gegenüber Industrieprodukten der Entwicklungsländer; Verhinderung von "Brain-drain" und schließlich Abbau der "Verdrängungsindustrialisierung" (eine solche liegt

z.B. vor, wenn Plastiksandalen-Fabriken mit geringem Beschäftigungseffekt die arbeitsintensive Herstellung der traditionellen Ledersandalen unwirtschaftlich machen).

Was die Strategien gegen Arbeitslosigkeit im nationalen Rahmen anbelangt, so setzen sie zunächst einmal Einigkeit über die Zielsetzung einer neuen Arbeitspolitik voraus: Soll also m.a.W. das Wachstum, die Beschäftigung oder aber die Befriedigung der Grundbedürfnisse im Vordergrund stehen?

Geht es einer Regierung nur um Wachstum, so wird sie im Zweifel modernste westliche Technologie anschaffen und gleichzeitig Arbeitslosigkeit als notwendiges Übel in Kauf nehmen. Ist es ihr umgekehrt hauptsächlich um Arbeitsbeschaffung zu tun, so muß ihr theoretisch jedes Mittel recht sein, das Beschäftigungsmöglichkeiten bringt, notfalls auch ein staatlicher Arbeitsdienst. Ist sie aber überwiegend um die Befriedigung der Grundbedürfnisse besorgt, so sind Maßnahmen zu treffen, die nicht nur sicherstellen, daß die materiellen "Grundbedürfnisse", wie Ernährung, Unterkunft, Bekleidung und Basisinfrastruktur, bereitgestellt, sondern daß auch die "immateriellen" Bedürfnisse befriedigt werden, die etwa darin bestehen, daß die Arbeitskräfte an ihrem angestammten Platz (in der Regel also im Dorf) bleiben und dort die "Modernisierung" partizipativ mitgestalten können. Ländliche Industrialisierung, "Attraktivierung" des Dorfes und Verhinderung der Landflucht werden dann im Vordergrund stehen. Die konkreten Maßnahmen haben sich an diesen Grundzielen auszurichten. Bei der Arbeitsbeschaffungs- und bei der Grundbedürfnis-Strategie ist also eher in den Menschen als in Maschinen, eher in das Dorf als in die Städte und eher in arbeitseffektive als in kapitaleffektive Anlagen zu investieren. Gleichzeitig ist der Akzent auf die Herstellung lebenswichtiger Güter zu legen.

### 2.8.2.

#### Die Stellungnahme Chinas: neue internationale Arbeitsteilung?

Auf der internationalen Bühne hat China - anders als bei den Rohstoff-, Abrüstungs- oder Meeresboden-Fragen - zum Problem der Arbeitslosigkeit kaum Stellung genommen.

Dies hing u.a. damit zusammen, daß die Volksrepublik jahrelang die ILO (International Labour Organization) boykottierte. Erst

im Juni 1983 nahm zum ersten Mal eine chinesische Delegation an einer der regulären ILO-Versammlungen teil, wobei sie nicht nur die Grundzüge der chinesischen Arbeitsbeschaffungspolitik erläuterte, sondern auch der Hoffnung Ausdruck gab, daß die ILO in Zukunft eine aktivere Rolle im Nord-Süd-Dialog und bei der Süd-Süd-Kooperation - m.a.W. also auch bei der Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung - spiele (68). (Den Chinesen war die Eingliederung in die ILO u.a. dadurch erleichtert worden, daß alle bis Anfang 1982 ausstehenden ILO-Beitragszahlungen gestrichen wurden.)

Da China - anders als bei den oben bereits behandelten "Weltfragen" - in früheren Jahren nicht mit dezidierten Erklärungen hervorgetreten ist, brauchte es jetzt auch keine Selbstkorrektur zu üben, sondern konnte auf die reformerische Praxis im eigenen Lande verweisen, die wohl auch diesmal stillschweigend als modellhaft betrachtet wird.

Dem Autor ist keine offizielle Forderung Chinas nach Schaffung einer "neuen internationalen Arbeitsteilung" bekannt; doch ergibt sich ein solches Postulat eigentlich ganz logisch aus dem sonst von China bei jeder Gelegenheit vorgebrachten Bekenntnis zur "Neuen Weltwirtschaftsordnung". Konsequenterweise im Sinne der Neuen Weltwirtschaftsordnung sowie im Sinne der Vereinten-Fronten-Politik Chinas wäre es auch, wenn die Volksrepublik die 25%-Formel (Industrieanteil der Dritt-Welt-Länder bis zum Jahre 2000) und die Forderungen gegen Verdrängungsindustrialisierung, gegen Brain-drain sowie für die Umverlagerung von Industrieländerbetrieben in Entwicklungsländer aufgriffe. Gegen den "Protektionismus" der Industrieländer zieht China ohnehin bei jeder Gelegenheit zu Felde.

China muß sich entgegenhalten lassen, daß seine nationale Arbeitsbeschaffungspolitik nicht ganz eindeutig ist. Die Ambivalenz beginnt bereits bei der Zielsetzung: Die Großindustrie-Bürokratie setzt auf Wachstum des Schwerindustriesektors und auf modernste Technologie, die in der Regel ja nicht gerade beschäftigungsfreundlich ist. Die Reformen andererseits, die ihren Kurs beim 3.Plenum des XI.ZK im Dezember 1978 haben durchdrücken können, bekennen sich zwar ebenfalls zur "Modernisierung", wollen den Schwerpunkt aber auf Landwirtschaft und Leichtindustrie - also mehr auf unmittelbare Bedürfnis-

befriedigung - legen. Die einen folgen also mehr dem Wachstums-, die anderen mehr dem Grundbedürfnisziel.

Dasselbe Tauziehen herrscht im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Um zu verdeutlichen, was hier im einzelnen gemeint ist, seien die wichtigsten Unterschiede zwischen der Arbeitsbeschaffungspolitik der Kulturrevolution und jener des Reformkurses skizziert:

Während der Kulturrevolution sollte nur ein staatlicher und ein kollektiver Sektor erlaubt sein, während die Reformen staatliche, kollektive und private Unternehmen nebeneinander zum Zuge kommen lassen wollen - mit entsprechenden Folgen für die Entstehung von Arbeitsplätzen.

Die Kulturrevolution sorgte ferner für ein Absterben des Dienstleistungssektors, dessen Bedeutung für die Arbeitsplatzpolitik nun gerade von den Reformern erkannt worden ist und systematisch gefördert wird.

Während der Kulturrevolution wurden Arbeitsplätze von Staats wegen zugewiesen, während dieses Monopol heute durch die Möglichkeit, selbst einen Betrieb zu gründen oder Personal dort anzustellen, durchbrochen wird.

Während der Kulturrevolution wurde städtische Arbeitslosigkeit häufig dadurch "beseitigt", daß Schulabsolventen zu Millionen auf die Dörfer entsandt wurden; die Reformen bevorzugen demgegenüber nicht den Umzug, sondern das "Umsatteln", indem sie einerseits ein differenzierteres Arbeitsstellenangebot zulassen und andererseits die Berufsschulausbildung fördern.

Schließlich wurde während der Kulturrevolution kaum Familienplanung getrieben, während heute die Ein-Kind-Familie zur offiziellen Politik erhoben worden ist.

Tendenziell neigt die Großindustrie-Bürokratie dazu, die Praktiken der Kulturrevolution in modifizierter Form zu übernehmen - immer abgesehen von der Familienplanungspolitik, über deren Notwendigkeit es heute keinen ernsthaften intrafraktionalen Streit mehr gibt.

## 2.9.

### Die Frauen-Frage

#### 2.9.1.

#### Unterschiedliche Formulierungen der Frauen-Frage

Staaten mögen hochentwickelt oder

unterentwickelt, "kapitalistisch" oder sozialistisch, "aufgeklärt" oder religiös-traditionsorientiert sein: Am Ende verbindet sie alle ein handfestes Patriarchat, das geschlechtsspezifische Auswirkungen auf die Rollenerwartungen, die Arbeitsteilung und die Moralanschauungen hat.

Die Forderung nach Gleichberechtigung ist so alt wie die UNO, ja wurde bereits in den zwanziger Jahren von verschiedenen internationalen und regionalen Frauenkommissionen erhoben. Vor der UNO hat sich die Diskussion der Frauenrechtskommission von den politischen auf die Rechte im Sozial- und Bildungsbereich verschoben. Im Weltaktionsplan der UNO, der die "Frauendekade" 1975 bis 1985 umfaßt, sind u.a. eine Senkung des Analphabetismus, eine Ausdehnung der Berufsausbildung, gleiche Einschulungsquote auf Primärebene, gleichberechtigungsfördernde infrastrukturelle Einrichtungen in den ländlichen Gebieten, steigende Berufsmöglichkeiten für Frauen, Sicherung des passiven und aktiven Wahlrechts und wachsende Teilnahme der Frauen am politischen Entscheidungsprozeß gefordert.

Allerdings wird die "Frauen-Frage", zu der ja die hier genannten Einzelaspekte u.a. gehören, international nicht immer in gleicher Weise gestellt. Vielmehr finden sich verschiedene Akzentsetzungen, ja nachdem, welche Gesellschaftsordnung im Hintergrund steht:

- Die Vertreterinnen der westlichen Industriestaaten sehen die Frauen-Frage im wesentlichen als ein Problem der Gleichberechtigung mit dem Mann.

- Für sozialistische Länder dagegen ist die Frauen-Frage ein Problem des Friedens, der vom kapitalistischen Lager bedroht ist. Gäbe es keine Kriegsgefahr, bestünde auch keine Frauen-Frage.

- In der Dritten Welt schließlich besteht die Tendenz, die Frauen-Frage als akzessorisch zu der durch die heutige Weltwirtschaftsordnung verursachten Unterentwicklung zu betrachten. Mit Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung löste sich m.a.W. auch die Frauen-Frage in Nichts auf.

Nach der "westlichen" Konzeption ist die Frauen-Frage also durch gesellschaftsimmanente Determinanten, nach den beiden anderen Auffassungen dagegen außenverursacht.

**2.9.2.****Die offizielle (und theoretische) Stellungnahme der Volksrepublik zur Frauen-Frage**

In der Theorie gehört China zu den großen Verfechtern der Gleichberechtigung. Schon Mao Zedong forderte in den dreißiger Jahren "den halben Himmel für die Frauen" - dies in einer Gesellschaft, die seit über 2.000 Jahren patriarchalisch strukturiert war wie kaum eine andere in der Welt.

Auch auf sämtlichen internationalen Versammlungen hat sich die Volksrepublik voll hinter die emanzipatorischen Forderungen gestellt. Die (vom 14. bis 30. Juli 1980 in Kopenhagen abgehaltene) UNO-Weltkonferenz über die "Dekade der Frauen" (1976-1985) verabschiedete das oben bereits erwähnte Aktionsprogramm mit den drei Hauptzielen des Jahrzehnts ("Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden") sowie mit dem Ruf nach "Beschäftigung, Gesundheitsschutz und Erziehung" -alles Forderungen, die von der chinesischen Delegation voll unterschrieben wurden. Bei dieser Konferenz folgte die Volksrepublik China aber ebenso wie schon 1975 bei der entsprechenden Versammlung in Mexico und bei einer Sondersitzung der UNO in Wien (5. März 1983) dem oben erwähnten sozialistischen Forderungstyp. Auch für das offizielle Beijing ist die Frauen-Frage also letztlich eine Folgeerscheinung von "Imperialismus, Kolonialismus, Hegemonismus, Expansion und Aggression und dient gleichzeitig dem Weltfrieden" (69). China unterzeichnete auch, ohne mit der Wimper zu zucken, die "Deklaration von Mexico 1975", die als Haupthindernisse für die Verwirklichung der Gleichberechtigung u.a. "Kolonialismus und Neokolonialismus, fremde Landbesetzung, Apartheid, rassische Diskriminierung, mangelnde Anerkennung nationaler Souveränität und Zionismus" im "Hindernisse"-Katalog aufzählt! Hauptbestandteil der Rede Kang Keqing, der Leiterin der chinesischen Delegation auf der UNO-Weltkonferenz der Frauen i.J. 1980, war eine Passage, in der Zionismus und Apartheid-Politik sowie die Kambodscha-Politik der Sowjetunion und Vietnams geißelt werden (70). Bei der UNO-Sonderkonferenz in Wien wies die chinesische Vertreterin auf die "unfairen und irrationalen internationalen Wirtschaftsbeziehungen" hin, die "ernsthaft die Eingliederung der Frauen in die Entwicklung" behinderten. Deshalb müsse im Interesse der Gleichberechtigung der Frauen ein

entschiedener "Kampf gegen Imperialismus, Hegemonismus, Kolonialismus und Rassismus sowie für die Erhaltung des Weltfriedens" geführt werden (71).

**2.9.3.****Die chinesische Frauenpolitik in der Praxis**

Kein Zweifel, die chinesische Frau hat seit 1949 einen weiten Weg zurückgelegt. 1980 gab es in China 4,7 Millionen Frauenkader, dies waren 26% der Gesamtzahl aller Kader und mehr als 14mal so viel wie 1951 (72). 34% aller Arbeiter und Angestellten waren i.J. 1981 Frauen (insgesamt 34 Millionen). Frauen stellten ferner 31,6% der insgesamt 5,29 Millionen Wissenschaftler und Techniker; ferner gab es 3.500 außerordentliche und ordentliche Professorinnen sowie über 100.000 weibliche Ingenieure und Dozentinnen (73).

Dies sind offizielle Angaben, die nicht näher substantiiert wurden und deren Details daher nicht überprüfbar sind.

Verifizierbar dagegen sind die Positionen der Frauen in Spitzenpositionen des Entscheidungsprozesses.

Von 1922 bis heute (d.h. einschließlich der im September 1982 vom XII. Parteikongreß gewählten Führungsmannschaft) lassen sich insgesamt 935 ZK-Funktionäre feststellen, unter denen sich nur 82 Frauen (= 9%) befanden (74). Einige der einflußreichsten Frauen, die in mehreren ZKs hintereinander präsent waren, wie Jiang Qing, Deng Yingchao und Cai Chang, waren die Ehefrauen von Mao Zedong, Zhou Enlai bzw. Li Fuchun, verdankten ihre Position also im wesentlichen den politisch überragenden Ehemännern.

1983 sind die Spitzenpositionen folgendermaßen besetzt: Im 28köpfigen Politbüro (25 Vollmitglieder, 3 Kandidaten) befinden sich zwei Frauen, darunter eine Kandidatin. Ins 348köpfige ZK (210 Vollmitglieder, 138 Kandidaten) sind elf Frauen als Vollmitglieder und dreizehn als Kandidaten gewählt worden. Im elfköpfigen Sekretariat der Partei (9 Vollmitglieder, 2 Kandidaten) befindet sich eine Frau, und zwar als Kandidatin. In den vier Abteilungen des Sekretariats lassen sich nur zwei Frauenspitzenpositionen ausmachen, nämlich in der Abteilung für Internationale Beziehungen sowie in der Abteilung für Parteiorganisation. In den beiden anderen wichtigen Kommissionen, nämlich für Militär und

für Inspektionswesen, hat überhaupt keine Frau Eingang gefunden. Auch im Militärbereich haben die Frauen keinen Einfluß. Sämtliche Spitzenpositionen der Provinzregierungen und -parteiausschüsse sind ausschließlich Männern vorbehalten. Von den 34 Ministern sind nur drei Frauen: Sie stehen den Ministerien für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland und Außenhandel, für Textilindustrie und für Wasserwirtschafts- und Elektrizitätswesen vor. Von den acht Staatskommissionen ist überhaupt keine mit einer Frau besetzt. An der Spitze des Staatsrats (1 Ministerpräsident und 4 Stellvertreter) ist ebenfalls keine Frau, und unter den zehn "Staatsräten" nur eine einzige.

Sicherlich, es gibt (und gab) in der Volksrepublik außerordentlich einflußreiche Frauenführerinnen wie Song Qingling (die Ehefrau Sun Yatsens), He Xiangning, Cai Chang, Kang Keqing und Chen Muhua; doch diese sind in der männerbestimmten Gesellschaft Chinas die Ausnahme.

Auch bei den Bildungschancen und im Arbeitsbewertungssystem gibt es in China immer noch ein erhebliches Gefälle zwischen den Geschlechtern. Besonders diskriminierend ist die Behandlung der weiblichen Säuglinge, die - als Reaktion auf die offizielle Einkind-Familie - in den vergangenen Jahren zu Zehntausenden von ihren Eltern ermordet worden. Hier ist ein düsteres Kapitel angeschnitten, das über den Stand des Gleichberechtigungsdenkens in China (vor allem im ländlichen Bereich) mehr aussagt als jede noch so schöngefärbte "Frauenstatistik" oder aber auf internationalen Foren abgegebene Erklärung.

**3.****Das Allheilmittel: Schaffung einer "Neuen Weltwirtschaftsordnung" und die Süd-Süd-Kooperation****3.1.****Der Schlüsselbegriff: die "Neue Weltwirtschaftsordnung"**

Die "Deklaration" über die Errichtung einer NWWO sowie das "Aktionsprogramm zur Errichtung einer NWWO wurden 1974 bei der damaligen UNO-Rohstoff-Konferenz verabschiedet (abgedruckt in C.a., Juni 1974, S.380-384).

China hat sich diesen Programmen voll angeschlossen und ihre Prinzipien bei den verschiedenen UNO- (vor allem UNCTAD-)Ta-

gungen immer wieder von neuem unterstrichen. Da die NWWO letztlich Voraussetzung für die Heilung nahezu aller Probleme der Dritten Welt ist (ein Automatismus wird, wie oben erwähnt, heute allerdings nicht mehr unterstellt), sind hier die wichtigsten Merkmale dieser "Ordnung" nochmals zu rekapitulieren.

Da sind zunächst die Prämissen: Interdependenz aller Mitglieder der Weltgemeinschaft sowie alarmierende Ungleichgewichte zwischen den "Industrielländern des Nordens" und den "Entwicklungsländern des Südens", welche letztere manchmal entweder als "Dritte Welt" angesprochen oder aber in Dritte und Vierte Welt unterteilt werden (so u.a. auch neuerdings durch China). (75)

Als "Prinzipien" der NWWO werden sodann aufgeführt: Gleichheit, umfassende Kooperation, umfassende Partizipation aller Länder an der Lösung der globalen Probleme, Souveränität jedes Landes, Unterstützung von Befreiungsbewegungen, Kontrolle der "Multi"-Aktivitäten, Entwicklungshilfe, faire Beziehungen zwischen Rohstoff- und Fertigwarenpreisen, Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Handels, der Finanzen, der Technik usw.

Nach chinesischer Auffassung sind es vier Hauptpostulate, die im Mittelpunkt der NWWO stehen, nämlich

- Im Bereich der Nahrungsmittel und der Landwirtschaft ist einerseits der Nahrungsmittelbedarf zu decken und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die betreffenden Volkswirtschaften zu Selbstversorgung werden.

- Im Energiebereich sollen die Entwicklungsländer bei den Ölimporten bevorzugt und gleichzeitig darin unterstützt werden, eigene Energiequellen zu entwickeln.

- Im Bereich des Handels gehe es darum, den Protektionismus der entwickelten Partnerländer zu beseitigen, bessere Terms of trade für Primärprodukte zu schaffen, die Entwicklungsländer bei der Verarbeitung ihrer Primärprodukte zu unterstützen und ihre Exporteinkommen zu stabilisieren.

- Im Währungs- und Finanzbereich müßten die Modalitäten und Rückzahlungsfristen revidiert und den Entwicklungsländern ein Mitspracherecht an den internationalen Finanzorganisationen eingeräumt werden.

Es geht also m.a.W. um die Re-

form der Produktions-, Konsum- und Handelsstrukturen der Weltwirtschaft sowie um die Beseitigung der Machtlosigkeit der Entwicklungsländer in den internationalen Wirtschaftsangelegenheiten durch ihre Beteiligung am Entscheidungsprozeß (76).

Bei der V.UNCTAD-Konferenz hat China noch folgende Forderungen hinzugefügt:

- Aufhebung der protektionistischen Maßnahmen der Industrieländer gegen Fertigwaren und Halbfabrikate der Entwicklungsländer. (Übrigens hält China auch nichts mehr von "umgekehrtem Protektionismus" in Form drastischer Nationalisierungen, wie sie z.B. in der VR Kongo praktiziert worden sei; da habe sich Zaire mit seiner "Politik der offenen Tür" weitaus besser geschlagen.) (77)
- Schaffung eines integrierten Rohstoffprogramms und eines gemeinsamen Fonds, durch den die Rohstofflöse bei einem eventuellen Preisverfall gestützt werden können;
- Kampf gegen die ständigen Schwankungen auf dem internationalen Währungsmarkt, der u.a. zur Krisenabwälzung auf die Entwicklungsländer führe;
- Ausarbeitung für Verkehrsregeln im Rahmen des internationalen Technologietransfers und
- kollektive Selbsthilfe der Entwicklungsländer (78).

Gerade mit dem letzteren Punkt ist ein Komplex angesprochen, der Anfang der achtziger Jahre immer mehr in die Diskussion gekommen ist und der im April 1983 zur Abhaltung der ersten Süd-Süd-Konferenz in Beijing führte (unten 3.2.).

Ein Teilproblem der NWWO-Diskussionen ist der Schuldenberg von 700 Mrd. US\$, der 1983 auf der Dritten Welt lastet.

Die Industrieländer weigerten sich leider, Paketlösungen im Bereich der Umschuldung vorzunehmen, und suchten stattdessen nach jeweils separaten Umschuldungsvereinbarungen; sie wollten das internationale Finanz- und Währungssystem, das in den vierziger Jahren errichtet wurde, nicht über Bord werfen und betonten das Freihandelssystem (79). Dies sei kurzfristig gehandelt: "Es ist falsch, das Huhn zu töten, um die Eier zu bekommen, und den Weiher auszutrocknen, um die Fische zu fangen" (80). Gingen nicht 30% der Industrieländerprodukte in die Dritte Welt!? (81)

Die Industrieländer sollten also

gefälligst die Schulden teilweise erlassen, 0,7% ihres BSP an Entwicklungshilfe leisten, ihre Märkte für Dritt-Welt-Produkte öffnen, die Importpreise für Primärprodukte erhöhen, die Zinssätze senken und die Devisenmärkte stabilisieren (82).

### 3.2.

#### **Die neu hinzugekommene Dimension bei der Lösung "großer Fragen": "kollektive Autarkie" (83) im Rahmen der Süd-Süd-Zusammenarbeit**

Lange Zeit wurde die Neue Weltwirtschaftsordnung fast ausschließlich im Koordinatennetz der Nord-Süd-Diskussion gesehen. Dies hat sich inzwischen geändert. Man ist in der Dritten Welt zu der Erkenntnis gekommen, daß der "Süden" sich nicht einfach passiv auf die Unterstützung des Nordens verlassen, sondern daß er in erster Linie seine eigenen menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen mobilisieren soll. Nord-Süd-Verhandlungen und Süd-Süd-Zusammenarbeit werden heute als zwei Seiten ein und derselben Medaille gewertet. Der erste Nord-Süd-Dialog begann 1975 in Paris, der erste Süd-Süd-Dialog 1983 in Beijing.

Einer der Vorkämpfer der Selbsthilfe im Süd-Süd-Rahmen ist die VR China. Beijing hat sich von seinem Kooperationsoptimismus auch dadurch nicht abschrecken lassen, daß die Dritte Welt am Ende alles andere als eine Einheit ist; ihr ideologisches Spektrum reicht vom antikommunistischen Pakistan bis zum kommunistischen Vietnam, umfaßt Länder, die miteinander Krieg führen, bezieht Blöcke mit ein, die sich feindlich gegenüberstehen und bezieht nicht nur das reichste, sondern auch das ärmste Land der Welt mit ein.

#### 3.2.1.

##### **"Süd-Süd-1" in Beijing**

Die chinesische Führung, der das Vereinte-Fronten-Prinzip nach jahrzehntelanger Übung in Fleisch und Blut übergegangen ist, läßt sich durch solche Differenzen nicht entmutigen. Es war deshalb auch kein Zufall, daß die erste Süd-Süd-Konferenz (die "Süd-Süd-1") ausgerechnet in Beijing stattgefunden hat, und zwar im April 1983. Dabei wurde Kooperation auf allen Ebenen, vom Handel über den Technologietransfer bis hin zur gemeinsamen Rohstoff-, Energie- und Landwirtschaftspolitik gefordert (84). Die "Süd-Süd-1" sei der Anfang institutioneller Konsultationen zwischen den Entwicklungsländern (85). In Zukunft wollten die Staaten der



Dritten Welt gemeinsam um ein neues Weltwährungssystem (86), um ein neues Welthandelssystem (87) und um eine neue internationale Wirtschaftsordnung (88) kämpfen. Es wurde auch vorgeschlagen, daß Länder, wie China, Indien und Brasilien, untereinander Investitionen tätigen (89). Die Dritte Welt solle nach Möglichkeit auch für ihr eigenes Nahrungsmittelreservesystem sorgen (90). Schließlich solle durch gemeinsame Bemühungen der Entwicklungsländer der Nord-Süd-Dialog wieder flott gemacht werden (91). Autarkie und Annahme von Entwicklungshilfe schlossen einander nicht aus. Es sei nötig, "nationale, subregionale und regionale Institutionen zu gründen, um mit ihrer Hilfe das Konzept der kollektiven Autarkie für die Dritte Welt zu verwirklichen" (92).

### 3.2.2.

#### Formen der Süd-Süd-Kooperation

Die Süd-Süd-Zusammenarbeit müsse in bilateraler, multilateraler, regionaler und überregionaler Form versucht werden. Denkbar seien der Abbau von Zolltarifen, wie ihn die ASEAN und 18 ost- und südafrikanische Länder bisher vorexerziert hätten. Die verschiedenen rohstoffproduzierenden Länder sollten sich nach ähnlichen Mustern organisieren wie die OPEC.

Ölländer sollten ihre Einnahmen in Währungs- und Finanzorganisationen einbringen, die anderen Ländern der Dritten Welt mit zinsfreien oder niedrig verzinslichen Anleihen zur Verfügung stehen. In den letzten Jahren habe sich diese Praxis glücklicherweise bereits eingespielt. So seien z.B. Anleihen an 41 afrikanische Länder in Höhe von jährlich rund 740 Mio. US\$ vergeben worden.

Auch die Bildung von Joint Ventures zwischen Ländern der Dritten Welt sei zu empfehlen - als Beispiel werden Manufaktur-Gemeinschaftsverträge zwischen Malaysia und einigen ölproduzierenden Ländern im Golfgebiet genannt (93).

Die chinesische Regierung zählt im allgemeinen vier Formen einer möglichen Süd-Süd-Kooperation auf, nämlich die Zusammenarbeit im Handel, in Währungs- und Finanzbereichen, im Arbeitskräfte-sektor und bei der technischen Zusammenarbeit (94). Andere - beispielsweise von der ASEAN-Gemeinschaft praktizierte - Formen der Zusammenarbeit werden in diesem Zusammenhang nicht aufgezählt.

Was China mit "Zusammenarbeit" konkret meint, läßt sich in Zahlen ausdrücken:

- Handelskooperation: 1981 machte der Außenhandel zwischen China und den Ländern der Dritten Welt 9,2 Mrd. US\$ aus und bestritt 23% des Gesamtaußenhandels der Volksrepublik.

- Technische Zusammenarbeit: Bis Ende 1981 erstellte China 1.317 Aufbauprojekte in 76 Entwicklungsländern, wovon 987 bereits ihrer Bestimmung übergeben worden sind. Insgesamt wurden in diese Staaten 180.000 Spezialisten und Facharbeiter geschickt. Außerdem entsandte China seit 1963 Sanitätsgruppen in 41 asiatische und afrikanische Staaten. Über 6.200 Mediziner und Krankenpfleger standen insgesamt im Einsatz (95). Außerdem arbeitete China zwischen 1972 und 1978 als Geberland mit mehreren UNO-Organisationen zusammen, z.B. mit dem UNDP (UN Development Programme), der UNIDO (UN Industrial Development Organization) und anderen UNO-Unterorganisationen. Seit 1974 leistete China unter dem Patronat des UNDP technische Zusammenarbeit mit anderen Dritt-Welt-Ländern bei Projekten für Süßwasser-Fischzucht, Biogas, Akupunktur, Seidenraupenzucht, integrierte Dorfentwicklung, elementaren Gesundheitsschutz, Verkehr und Transport, kleine Wasserkraftstationen, Technologie für Dieselmotoren und Erschließung von Grundwasser. Zwischen 1971 und 1981 wurden rund 1.400 Experten, Techniker und Verwaltungskräfte aus anderen Entwicklungsländern in 92 technische Zusammenarbeitsprogramme auf chinesischem Territorium eingeschaltet. 1982 hielt China - in Zusammenarbeit mit der UNO - acht Ausbildungskurse für insgesamt 150 Personen auf dem Gebiet der Süßwasser-Fischzucht ab. Von 1979 bis 1981 kamen - gefördert von der UNO - Techniker aus über fünfzig Ländern nach China, um die dortigen Biogasanlagen zu studieren. In Zusammenarbeit mit dem UNDP errichtete China seit 1981 sieben regionale Forschungs- und Ausbildungszentren für Projekte wie Süßwasser-Fischzucht, kleine Wasserkraftstationen, elementaren Gesundheitsschutz, Seidenraupenzucht, Akupunktur und Biogas. In diesen, in China gelegenen Zentren werden Fachkräfte aus Entwicklungsländern ausgebildet (96).

Die chinesische Entwicklungshilfe war erstmals 1977 in den Entwicklungsprozeß der UNO einbezogen worden, und zwar über die UN

Organization for Industrial Development. Damals kam ein Vertrag zwischen UNIDEP und China über den Bau einer Reparaturwerkstatt für Landmaschinen in der Stadt Sikasso/Mali zustande. Bis dahin hatte China seine Entwicklungshilfe stets nur bilateral vergeben. Der erste Schritt zur "Multilateralisierung" war damit gemacht (97).

Am 20. April 1983 kamen Experten aus dem asiatisch-pazifischen Raum in Beijing zusammen, um im Rahmen eines "Asien-Seminars über die Analyse von Technologietransfermöglichkeiten" zu diskutieren (98).

Im Rahmen des Technologietransfers hat China seit 1981 seine Importpolitik geändert: Es stellte den Import von großen und mittelgroßen Komplettanlagen im wesentlichen ein (vor allem soweit sie die Stahlproduktion betrafen) und konzentrierte sich von nun an auf Schlüsselprojekte, vor allem im Bereich des Energie-, des Baumaterialien- und des Transportsektors - der "schwachen Kettenglieder" also. Priorität wurde ferner dem Import von Technologien und Anlagen eingeräumt, die der Steigerung der Exportkapazität Chinas dienen. Man will sich bemühen, fortgeschrittene ausländische Technologie so schnell wie möglich im eigenen Land bekanntzumachen und zu "popularisieren" (99).

- Kooperation im Arbeitskräftebereich leistet China im Rahmen der bereits erwähnten Entsendung von Ausbildungspersonal.

- Was schließlich die Zusammenarbeit im Finanzsektor anbelangt, so ist China hier weniger Geber als vielmehr Nehmer. Als vorbildlich wird die Kreditgewährung durch Kuwait bezeichnet, das Teile seiner Petro-Dollar-Gewinne in den "Kuwait-Fonds für Arabische Wirtschaftsentwicklung" (KFAED) eingebracht hat. Die KFAED wurde i.J. 1961 mit einem Gründungskapital von 150 Mio. US\$ zunächst nur für arabische Entwicklungsprojekte initiiert. 1980 war das Kapital bereits auf 7 Mrd. US\$ gestiegen. Der KFAED hat inzwischen 53 Entwicklungsländern (nunmehr auch aus dem nicht-arabischen Bereich) insgesamt 186 Kredite eingeräumt. 13 asiatische Länder erhielten 24% der Kredite. Seit 1981 arbeitet Kuwait wirtschaftlich auch mit China zusammen. Der KFAED hat der VR China inzwischen Aufbalkredite eingeräumt, für die Zinsen zwischen 0,5 und 5% zu zahlen sind.

China betrachtet diese Politik als

mustergültig im Rahmen der "Süd-Süd-Zusammenarbeit". Als vorbildlich gilt auch die Bereitschaft der OPEC-Mitglieder, 1,44% ihres BSP für Wirtschaftshilfe bereitzustellen, während die Industrieländer hierfür i.J. 1982 nur 0,34% aufgebracht hätten.

#### 4.

##### Zusammenfassung

Seit 1971 hat sich die Volksrepublik China an fast sämtlichen von der UNO veranstalteten Grundsatzdiskussionen über die "großen Fragen der Zeit" beteiligt und dabei Analysen sowie Therapievor schläge vorgelegt, die inzwischen - seit Verkündung der Reformbeschlüsse in der Volksrepublik - erheblich korrigiert werden mußten. Dies ist vor allem bei seinen früheren Stellungnahmen zum Weltbevölkerungsproblem, zum Hunger in der Welt, zum Umweltschutz, zur Rohstoffsicherung, zur Abrüstung und zur Industrialisierungsproblematik der Fall. Lediglich die Positionen zum Seerecht und zum Gleichberechtigungskomplex konnten über die Jahre im wesentlichen unverändert beibehalten werden. Die Problematik der Arbeitslosigkeit wurde dagegen erst in jüngster Zeit offiziell aufgegriffen (früher angeblich keine Arbeitslosigkeit).

Die frühen Stellungnahmen waren durch radikale Einseitigkeit gekennzeichnet. Als Wurzel aller Übel - von der Aufrüstung über den Hunger bis hin zur Frauenunterdrückung - galten Imperialismus, Kolonialismus und vor allem Hegemonismus. Als Therapien wurden deshalb konsequenter Antihegemonismus, Antiimperialismus, Antikolonialismus, Antipartei etc. gefordert. Alle Probleme wurden im wesentlichen auf "zwei Linien" reduziert - eine richtige und eine falsche - die holzschnittartig scharf hervortraten. Neutrale, mittlere Positionen standen nicht zur Diskussion. Gefordert wurde beispielsweise auf dem Gebiet der Abrüstung die restlose (nicht etwa graduelle) Vernichtung aller Kernwaffen und die Aufhebung sämtlicher Basen im Ausland. Mit dieser Politik des Alles oder Nichts glaubte China seinem Ziel, vor allem die Sowjetunion zu bekämpfen, optimal genügen zu können.

Seit Verkündung der Neuen Weltwirtschaftsordnung durch die UNO i.J. 1974 begann China, das Fehlen einer NWWO für alle Übel verantwortlich zu machen. Folge dieser ätiologischen Akzentverschiebung war - auch diesmal wieder konsequent - der Ruf nach Schaffung der NWWO. Dieser Forderung lag die Prämisse zugrun-

de, daß die NWWO automatisch die Lösung aller großen Probleme nach sich ziehen würde.

Auf die Phase der "Politisierung", die zwischendurch vom Glauben an den "Automatismus" der NWWO abgelöst wurde, folgte schließlich ein differenzierteres Herangehen an die Ursachen - und Therapieanalyse. Imperialismus und Hegemonismus galten zwar nach wie vor als Mitverursacher von Hunger, Unfrieden, Arbeitslosigkeit etc., doch wurden daneben noch zusätzliche Auslöser identifiziert, nämlich erstens der fortbestehende "Feudalismus", der sich im Ausbleiben von Landreformen, in sozialer Ungerechtigkeit und in Ungleichgewichten aller Art manifestierte, und zweitens falsche Entwicklungsstrategien der einzelnen Regierungen. Auch die Strategien mußten dementsprechend zumindest dreifach werden: Kampf gegen Hegemonismus und für die NWWO, Vorgehen gegen feudalistische Überreste im eigenen Lande und Fundamental- korrektur der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die großen Fragen der Zeit wurden m.a.W. jetzt nicht mehr politisiert, sondern immer mehr sachlich durchdringt und in differenzierter Weise auf Ursachen und Therapien hin analysiert.

Einige der von China vorgeschlagenen Strategien stammen fast Detail für Detail aus der jüngsten Alltagspraxis des chinesischen Gesellschaftslaboratoriums. Dies gilt vor allem für die Familienplanungs-, Hungerbekämpfungs-, Arbeitsbeschaffungs- und Industrialisierungsprogramme. Andere wiederum sind nur für den internationalen Konsum bestimmt, finden in der Praxis zu Hause dagegen kaum Niederschlag, so z.B. die Abrüstungsvorstellungen.

Wieder andere Fragen wurden insgeheim höchst egoistisch gelöst (man denke an die chinesischen Erfolge bei der Kodifizierung des neuen Seerechts), ihre Ergebnisse aber dann nach außen hin als Gemeinschaftstat gerühmt.

Sämtlichen chinesischen Vorstellungen ist - trotz solcher Differenzierungen - am Ende gemeinsam, daß sie nach wie vor die Gefahren von Imperialismus und Hegemonismus herausstreichen, daß sie des weiteren von der Unentbehrlichkeit einer NWWO ausgehen, der allerdings neuerdings kein Lösungs-Automatismus mehr angedichtet wird, und daß sie schließlich so formuliert und praktiziert werden, daß am Ende allemale Vereinte Fronten heraus-

kommen, durch die China die jeweiligen Hauptgegner ("Hegemonismus, Imperialismus, Neokolonialismus") "maximal isolieren" kann.

In neuerer Zeit wird von China - als einem "Land der Dritten Welt" und als Verbündetem der 120 Mitgliedsstaaten der "Gruppe 77" - noch ein weiterer Aspekt betont: Der Nord-Süd-Dialog sei nämlich durch eine Süd-Süd-Zusammenarbeit zu ergänzen. Der Weg müsse von der einzelstaatlichen Autarkie (die als solche ganz gewiß nach wie vor zu empfehlen sei) oder aber vom Vertrauen auf die Hilfe des Nordens hinführen zu einer "solidarischen Autarkie der Dritten Welt".

Was die Methoden anbelangt, so redet China in der Regel dirigistischen Lösungen das Wort und mißtraut dem "Markt", der ja angesichts der gegebenen Verhältnisse nur zu weiteren Nord-Süd-Verzerrungen führe. Dirigistische Lösungen sind z.B. die Preisindexierung für Rohstoffe, die Errichtung einer Internationalen Hochseebehörde, die Etablierung einer Technologietransfer-Kommission, der Aufbau von gemeinsamen Finanzierungsinstitutionen u.dgl.

Wenn es um Fragen der Süd-Süd-Zusammenarbeit geht, bringt China höchst erwägenswerte Vorschläge und zeigt auch in seiner praktischen Politik zukunfts-trächtige Ansätze. Geht es dagegen um Nord-Süd-Fragen, so läßt sich China auch heute noch nicht ganz davon abhalten, die Weltgemeinschaft als Belehrungsforum und als Frontenbildungsplattform zu betrachten. Trotz aller Sachbezogenheit, durch die sich chinesische Stellungnahmen zu den "großen Fragen" auszeichnen beginnen, ist hier lediglich ein erster Schritt weg von der "Politisierung" getan.

##### Anmerkungen:

- 1) C.a., Dezember 1981, Ü 8.
- 2) XNA, 9. und 14.9.82.
- 3) XNA, 8.11.82.
- 4) XNA, 10.5.82.
- 5) Viele der nachfolgenden Problemformulierungen folgen z.T. den exzellenten Ausführungen in dem von Peter J. Opitz herausgegebenen Band "Weltprobleme" (München 1980, Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit).
- 6) Näheres dazu Rüdiger Machetzki, "Einige Anmerkungen zur 3. Weltbevölkerungskonferenz und zur Bevölkerungspolitik der VR China", C.a., Oktober 1974, S.619-623.

- 7) XNA, 8.11.82.  
 8) XNA, 5.10.82.  
 9) XNA, 3.5.83.  
 10) XNA, 11.6.83.  
 11) XNA, 3.9.82.  
 12) BRu 1983, Nr.13, S.10, 27.  
 13) XNA, 19.3.83.  
 14) Ausführlich hierzu Oskar Weggel, "Zur Armut in der Dritten Welt: Ursachen und Therapie" (China bei der UNO-Rohstoff-Konferenz), C.a., Mai 1974, S.228-236.  
 15) Im einzelnen C.a., Mai 1974, S.230 f. mit Nachweisen.  
 16) Ebenda, S.232 f.  
 17) So XNA, 8.6.83.  
 18) XNA, 8.6.83.  
 19) Ebenda und XNA, 1.6.83.  
 20) BRu 1983, Nr.26, S.15 f.  
 21) BRu 1982, Nr.31, S.18 und Nr.36, S.17 f.  
 22) Ebenda, S.20.  
 23) BRu 1983, Nr.16, S.11.  
 24) Z.B. XNA, 14.5.83 (bezogen auf Westafrika) und XNA, 11.3.83 (bezogen auf Nigeria).  
 25) Im einzelnen dazu Oskar Weggel, "China auf der Welt-ernährungskonferenz", C.a., Dezember 1974, S.755-759 mit Nachweisen; vgl. ferner Oskar Weggel, "Wie löst China das Ernährungsproblem?", C.a., April 1974, S.188-198.  
 26) NCNA, 7. und 8.11.74.  
 27) Weggel, a.a.O., S.758.  
 28) Ebenda, S.757.  
 29) NCNA, 18.11.74.  
 30) BRu 1982, Nr.47, S.19-23, 28.  
 31) XNA, 28.5.83.  
 32) XNA, 6.11.82.  
 33) XNA, 10.5.83.  
 34) XNA, 13.8.82.  
 35) Michael Bohnet, "Industrialisierung und Entwicklung", in Opitz, "Weltprobleme", a.a.O., S.254 ff.  
 36) Näheres C.a., April 1975, Ü 21; zur ILO-Politik Chinas vgl. auch C.a., Dezember 1977, Ü 12.  
 37) Zum erneuten Besuch Chen Muhuas bei der UNIDO vgl. BRu 1983, Nr.17, S.7.  
 38) Im einzelnen mit Nachweisen C.a., September 1979, Ü 11.  
 39) XNA, 13.7.83.  
 40) Im einzelnen dazu C.a., Juni 1972, S.15-17 mit Nachweisen.  
 41) XNA, 19.5.82.  
 42) XNA, 14.5.82.  
 43) XNA, 19.5.82.  
 44) XNA, 17.5.83.  
 45) XNA, 17.6.82.  
 46) XNA, 17.4.82.  
 47) So XNA, 19.5.82.  
 48) XNA, 27.4.82.  
 49) XNA, 10.5.82.  
 50) Z.B. BRu 1982, Nr.23.  
 51) RMRB, 12.12.82.  
 52) Vgl. z.B. den Beitrag von Wu Yun, "Faxue yanjiu", 1981, Nr.2, S.53 ff.  
 53) BRu 1974, Nr.26, S.15 ff.  
 54) Ausführlich dazu Oskar Weggel, "China und das neue Seerecht. Von der res nullius zur res communis", C.a., Oktober 1974, S.606-618.  
 55) XNA, 4.5.82.  
 56) XNA, 10.12.82.  
 57) BRu 1972, Nr.10, S.17.  
 58) XNA, 16.4.83.  
 59) CiA, Oktober 1982, S.16.  
 60) Zu SALT II als einem "Betrug an den Völkern" vgl. C.a., Mai 1979, Ü 18; zum chinesischen Vorschlag für ein Gesamtabrüstungsprogramm i.J. 1979 vgl. C.a., Mai 1979, Ü 19.  
 61) XNA, 10.5.83.  
 62) Einzelheiten dazu mit Nachweisen Oskar Weggel, "Von Maximalforderungen zum Gradualismus: China modifiziert seine Vorstellungen zur Abrüstungspolitik", C.a., Juni 1982, S.347-354.  
 63) RMRB, 2.7.82.  
 64) Weggel, ebenda, S.350 f.  
 65) CiA, Oktober 1982, S.14.  
 66) XNA, 4.9.82.  
 67) HQ, Nr.9, 1.5.83.  
 68) XNA, 7.6.83.  
 69) BRu 1982, Nr.11, S.7.  
 70) BRu 1980, Nr.33, S.10.  
 71) XNA, 7.3.83; zu früheren Forderungen vgl. Oskar Weggel, "Internationaler Frauentag: Auf dem langen Marsch zur Gleichberechtigung", C.a., April 1974, S.175-177.  
 72) BRu 1981, Nr.11, S.6.  
 73) BRu 1982, Nr.11, S.7.  
 74) Hierzu Wolfgang Bartke, "Die Frauen in den Zentralkomitees der KP China", C.a., Mai 1983, S.307-309.  
 75) C.a., Oktober 1982, S.589.  
 76) So u.a. Ministerpräsident Zhao Ziyang bei der Nord-Süd-Konferenz in Cancun, BRu 1981, Nr.44, S.16.  
 77) XNA, 30.12.82.  
 78) C.a., Mai 1979, Ü 20 mit Nachweisen.  
 79) XNA, 20.6.83.  
 80) XNA, 5.4.83.  
 81) XNA, 1.6.83.  
 82) XNA, 1.6.83.  
 83) XNA, 6.4.83.  
 84) Zur Rede Zhao Ziyangs und zur "Ergebniszusammenfassung" vgl. die Beilage in BRu 1983, Nr.16.  
 85) XNA, 8.4.83.  
 86) XNA, 8.4.83.  
 87) XNA, 7.4.83.  
 88) XNA, 7.4.83.  
 89) XNA, 7.4.83.  
 90) XNA, 8.4.83.  
 91) XNA, 6.4.83.  
 92) XNA, 6.4.83.  
 93) XNA, 30.12.82.  
 94) Weggel, "China und die Dritte Welt", C.a., Oktober 1982, S.592 f. mit Nachweisen.  
 95) CiA, März 1983, S.2 f.  
 96) BRu 1983, Nr.6, S.21 ff.; XNA, 1.12.83.  
 97) XNA, 14.2.77; C.a., März 1977, Ü 6.  
 98) XNA, 21.4.83.  
 99) BRu 1981, Nr.31, S.7.